

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

H. ARTHUR STEINER

## Die Vereinigten Staaten und China

### Unsere Aussichten für die Zukunft

Mit freundlicher Genehmigung der YALE UNIVERSITY PRESS übernehmen wir aus der amerikanischen Vierteljahrsschrift „THE YALE REVIEW“ (Dezember 1954) den folgenden Artikel von H. Arthur Steiner. Copyright by Yale University Press.

Die letzten Geschehnisse in Asien haben den Kommunisten neue Betätigungsfelder erschlossen, was uns zwingt, uns von neuem mit dem Problem der amerikanischen Chinapolitik auseinanderzusetzen. Der kommunistische Sieg in Indochina ist in der Hauptsache ein politischer Sieg für den chinesischen Kommunismus gewesen. Er ist weitgehend durch das militärische und diplomatische Eingreifen der Chinesen gewonnen worden in bewußter Herausforderung amerikanischer Interessen und trotz der eindringlichen „Warnungen“ von Präsident Eisenhower, Außenminister Dulles und anderen Sprechern amerikanischer Politik, und da er garantiert, daß ganz Indochina bis Juli 1956 tatsächlich kommunistisch sein wird, hat er den chinesischen Kommunisten freie Hand gegeben für neue Abenteuer an anderen Stellen in Asien und im westlichen Pazifik. Die chinesischen Kommunisten haben jetzt weit größere Möglichkeiten, unsere Bestrebungen und Ziele in diesem weiten Gebiet zu durchkreuzen, und nichts läßt darauf schließen, daß sie auf eine Initiative verzichten werden, während es uns schwerfallen dürfte, in Anbetracht der neuen strategischen Situation die starke Stellung, von der aus wir einst politisch wirksam werden konnten, wiederzugewinnen.

Die rapide Verschlechterung unserer Position im Fernen Osten während der letzten 20 Monate ist besonders niederdrückend, weil wir uns jederzeit der Gefahr bewußt waren und die Reihe der verfehlten und unwirksamen Maßnahmen, die das Unglück abwenden sollten, weitgehend der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben haben. An diesem Fehlschlag sind zum Teil das gleiche Verhalten und Vorgehen schuld, die die Verfolgung amerikanischer Ziele auch an anderen Stellen behindern:

1. Die bequemen Traditionen einer isolationistischen Diplomatie mit begrenzter Zielsetzung;
2. Ein verhältnismäßig starres Organisationssystem und die Abneigung des Einzelnen, aus eigener Verantwortung zu handeln.

3. Die allzugroße Neigung, bei Auseinandersetzungen gefühlsbetonte moralische Momente in den Vordergrund zu stellen.

4. Die ungeduldige Forderung nach drakonischen Maßnahmen in Situationen, in denen sie gar nicht angebracht sind.

5. Zuviel Parteipolitik in der Außenpolitik (worunter unsere Chinapolitik außerordentlich zu leiden hatte).

6. Die schnelle Bereitschaft, „eine Linie zu ziehen“.

7. Die optimistische Beurteilung unserer Geschicklichkeit, die Gedanken und Handlungen anderer zu beeinflussen.

8. Die Zuversicht, daß die Irrtümer, die uns in den Krieg gerissen haben, durch den Sieg in irgendeiner „Endschlacht“ wiedergutmacht werden.

Oft sind wir unfähig, die feinsten Regungen der politischen und sozialen Kräfte, die für die revolutionären Veränderungen in China und bei seinen asiatischen Nachbarn verantwortlich sind, und die Bedeutung neuer, noch nicht faßbarer Tatsachen zu begreifen. Dieser Mangel an Fingerspitzengefühl hindert uns, die Stärke entscheidender, politischer Strömungen und Strudel genau abzuschätzen, und erschwert verständlicherweise die Planung ideenreicher und realistischer Gegenmaßnahmen. So dient uns die am 21. Juli letzten Jahres in Genf abgefaßte Erklärung als amtliche Formel zur Verschleierung unserer vollkommenen Niederlage in Indochina. Die „Sicherheitsvorkehrungen“ des im September vergangenen Jahres abgeschlossenen Manila-Paktes, die gar nicht dem tatsächlichen kommunistischen Vorgehen entsprechen, dürften als weitere Illustrationen dienen.

Vor der Genfer Konferenz haben wir die, wenn auch zugegebenermaßen geringen Möglichkeiten einer Normalisierung unserer Beziehungen mit den „beiden Chinas“ nicht ausgenutzt, die ja tatsächlich bis 1949 bestanden haben. Heute, da die Hoffnung auf eine Lösung noch

geringer geworden ist, dürfte es unmöglich sein, eine tragfähige Grundlage für eine befriedigende Politik gegenüber den beiden chinesischen Staaten zu finden. Beide Staaten werden solange unzufrieden sein und sich solange unsicher fühlen, bis einer von ihnen den anderen geschluckt hat. Deshalb müssen ihre gegenseitigen Beziehungen zwangsläufig labil bleiben, und wir täu-

#### INHALT DIESER BEILAGE:

- H. Arthur Steiner:  
**Die Vereinigten Staaten und China**
- Chester Bowles:  
**Eine Zweiparteienpolitik für Asien**  
(S. 307)
- Wolfgang Franke:  
**Zur antiimperialistischen Bewegung in China** (S. 311)

schen uns selbst, wenn wir glauben, es gäbe eine Form souveräner Politik, die in jeder Situation funktioniere. Wir müssen vor allem die allgemeine Lage einer sorgfältigen Beurteilung unterziehen und die notwendigen politischen Schritte reiflich überlegen, die am besten der das Gleichgewicht zwischen den beiden Staaten bedrohenden Entwicklung auf Formosa und auf dem Festlande gerecht werden. Unsere Chinapolitik muß daher innerhalb dieser Grenzen „unfreiwillig“ sein; sie muß sich mit der unverrückbaren Tatsache abfinden, daß Chinesen über Chinas Zukunft bestimmen werden und nicht die Amerikaner, nicht einmal notwendigerweise die Russen. Vielleicht gelingt es uns, von Zeit zu Zeit einen indirekten Einfluß auf die Chinesen auszuüben, aber auch dann nur am Rande oder vorüber-

gehend, niemals dürfte er auf die Dauer entscheidend sein. Doch können wir an der Verbesserung der Weltlage mithelfen, in der die beiden chinesischen Staaten eine Lösung ihrer Probleme anstreben. Wir können unsere China-politik nicht isoliert betrachten, sondern müssen sie im Zusammenhang sehen mit unserer Politik gegenüber dem Indien Nehrus, dem afrikanischen Nationalismus, der A-(H-)Bombe und den Vereinten Nationen. Unser Verlust an politi-

schem Gesicht in Indochina hing auch mit der Frage der Rolle Frankreichs in der westeuropäischen Verteidigung zusammen. Doch als unmittelbare Folge wuchs die Fähigkeit der chinesischen Kommunisten, ihre Gegner auf Formosa vernichtend zu schlagen, und uns droht die Gefahr weiterer Verluste, wenn wir nicht begreifen, in welchem Ausmaß die Genfer Regelung das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Formosa und dem Festland verändert hat.

## Die Situation Formosas

Wir müssen in der auf Genf folgenden Situation unsere Politik und unsere Verpflichtungen gegenüber der Nationalregierung auf Formosa überprüfen, obgleich die Notwendigkeit hierzu mehr in einer Veränderung des Machtpotentials der Festlandkommunisten als in der Unbeständigkeit unserer eigenen Bindungen liegt. Von den ungeduldigen Herren des chinesischen Festlandes konnte nicht erwartet werden, daß sie ruhig blieben, während die Generale auf Formosa davon redeten, ihre Landsleute auf dem Festlande „bald“, „in einigen Monaten“ oder „im nächsten Frühling“ zu befreien; und wir dürfen uns nicht wundern, daß sie nunmehr unwiderruflich auf die Eroberung Formosas festgelegt sind. Die Genfer Regelung hat zweifellos die politische Verteidigungskraft von Japan, Laos, Kambodscha, Thailand und den Philippinen beeinträchtigt. Man kann sich darauf verlassen, daß die Kommunisten das Gefühl der Unsicherheit noch zu stärken und einen Nervenkrieg zu führen trachten. Am 22. August 1954 z. B. vereinigte sich die chinesische kommunistische Partei mit ihren Anhängern in der Aufforderung, daß jeder auf Formosa „mit der einzigen Ausnahme von Tschiang Kai-schek selbst“ noch der „schlimmen Vergangenheit“ entsagen, sich auf die Seite des Rechts stellen, auf das Festland zurückzukehren und wieder mit seiner Familie zusammenleben könne, wobei allen, die „Verdienstvolles“ leisten würden (vermutlich auch Spionage und Sabotage), eine „milde Behandlung“ zugedacht wird. Wie alle Bewohner Formosas wissen, sind ähnliche Versprechungen der Kommunisten an übergelaufene Kuomintang-Soldaten und -Politiker im Jahre 1948/49 eingehalten worden. Viele auf Formosa müssen sich ernste Gedanken über das Weiterleben nach dem Ende des dramatischen Schauspiels machen.

Auf jeden Fall liegt ein offener Angriff auf Formosa durchaus im Bereich der militärischen Möglichkeiten Rotchinas und würde die unerprobten militärischen und politischen Verteidigungskräfte Formosas ernsthaft auf die Probe stellen. Angesichts einer direkten Herausforderung müßte die 7. Flotte schon etwas mehr tun als nur ihre Muskeln schwellen lassen. Im Augenblick eines Großangriffs auf Formosa würden die Vereinigten Staaten vor der kritischsten politischen Entscheidung seit 1945 stehen, die sie ganz allein zu treffen haben:

1. Sollen wir das angegriffene Formosa aufgeben und nur symbolischen Widerstand leisten oder versuchen, an Menschen und Sachmaterial zu retten, was zu retten ist — wobei unserer Stellung im übrigen Asien unvermeidlich und

unwiderbringlich weiterer Schaden zugefügt würde?

2. Sollen wir uns auch weiterhin zu einer umfassenden militärischen Unterstützung der Verteidigungskräfte Formosas verpflichten in der Hoffnung, den Kampf auf die rotchinesischen Streitkräfte in unmittelbarer Nachbarschaft der Insel zu beschränken — wodurch zwar die unmittelbare Not aber nicht das eigentliche Dilemma behoben würde? Oder:

3. Sollen wir die Quelle allen Übels bei der Wurzel packen und eine große Gegenoffensive starten — und uns dadurch in einen Krieg mit Rotchina auf dem Festlande und vielleicht sogar mit der Sowjetunion selbst stürzen?

Keine dieser Alternativen bietet eine freundliche Aussicht, doch sehe ich keine andere brauchbare Lösung. Ich habe aber den Eindruck, wie schon zu Beginn des vergangenen Jahres, daß viele Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen — z. B. England, Frankreich, Indien usw. —, die für die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung für den Frieden in Korea gestimmt haben, sich nicht einmal moralisch für verpflichtet halten würden, im gleichen Sinne zu handeln, wenn Formosa vom Festlande her angegriffen würde. Unsere in der letzten Zeit

gegenüber den Vereinten Nationen eingenommene Haltung hat unsere Handlungsfreiheit eher verringert als vergrößert. Würden wir uns für eine starke Verteidigungsstellung und eine Gegenoffensive entscheiden, so hätten wir weder rechtlich noch moralisch das Recht, auf die Hilfe unserer NATO-Verbündeten zu zählen, weil für keinen NATO-Verbündeten überhaupt der casus foederis gegeben ist. Außenminister Dulles möchte uns anderes glauben machen. Er erzählte am 11. Juni vergangenen Jahres einem Auditorium in Los Angeles, daß die „Vereinigten Staaten im Falle irgendeiner offenen rotchinesischen Aggression im pazifischen oder südostasiatischen Raume“ natürlich die Vereinten Nationen anrufen und sich mit ihren Verbündeten beraten würden“.

Wir kennen keinen Verbündeten, der verpflichtet wäre, uns bei der Verteidigung Formosas zu helfen. Die Vereinten Nationen erlitten Einbuße, als wir uns an die Spitze der Bewegung ‚weg von der allgemeinen Idee der kollektiven Sicherheit‘ gestellt und chauvinistische Senatoren sie herabgesetzt haben. Sie würden wohl den Gnadenstoß erhalten, wenn wir uns an sie — die sich aus uns Ungeduldigen, unseren zweifelnden Freunden und unseren bekannten Feinden zusammensetzen — mit der Bitte wenden würden, eine Polizeiaktion zu starten. Als Außenminister Dulles im vergangenen Frühjahr ein Sperrfeuer mündlicher Drohungen und Warnungen eröffnete, behauptete er: „Ein offener Angriff kommunistischer Streitkräfte muß in den meisten Fällen zum Ausbruch eines allgemeinen Krieges führen.“ Was Dulles auch immer damit sagen wollte, wir wissen jedenfalls nicht, ob uns ein Krieg gegen Rotchina auch nur den mageren Trost eines „allgemeinen Krieges“ bescheren würde, wofern mit diesem Ausdruck nicht unser einsamer Krieg gegen die kommunistische Welt gemeint sein sollte.

## Wir werden ganz allein handeln müssen

Die politische Wirkung wird zweifellos die gleiche sein, ob wir nun die militärische Intervention auf die Verteidigung Formosas beschränken oder sie zu einer Gegenoffensive gegen das Festland ausweiten: Wir werden ganz allein handeln müssen. Unsere politischen Entscheidungen würden unrealistisch und vielleicht sogar unheilvoll sein, wenn wir diese Möglichkeit nicht in Rechnung stellen. Auch der erhobene Kommandostab der 7. Flotte kann die Gefahr nicht bannen. Ihrer Anwesenheit als Abschreckungsmittel wird allgemein eine übertriebene Wirkung zugeschrieben. Und wenn man sich nur auf sie als einzige und wichtigste Stütze einer Verteidigung von entscheidender Bedeutung verlassen würde, dann dürfte man von ihr mehr fordern, als irgendeine Schlachtflotte ohne die stärkste Unterstützung durch alle Waffengattungen leisten könnte. Entspricht unsere militärische Verpflichtung eigentlich dem *t a t s ä c h l i c h e n* Risiko?

Unglücklicherweise können wir dem Dilemma nicht entgehen, indem wir einfach davonlaufen. Der Verlust Formosas könnte natürlich damit gerechtfertigt werden, daß es, wie Indochina, letzten Endes eben doch nicht „lebenswichtig“ sei.

Doch wird die Eroberung Formosas durch die Kommunisten so drastische politische Folgen haben, daß wir bald gezwungen sein dürften, unsere nicht-kommunistischen Freunde auf den asiatischen Inseln und Halbinseln im Stich zu lassen, uns zur Sicherung der Vereinigten Staaten auf unsere mittelpazifischen und kontinentalen Verteidigungskräfte zu verlassen. Der Verlust Formosas würde den nutzbringenden Absprachen der asiatischen Länder über gegenseitige Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit bald ein Ende setzen. Die Entscheidung würde dann bei den Kommunisten liegen, ob sie sich als nächstes den Gebieten nördlich oder südlich Formosas zuwenden wollen, uns aber würde kein Raum mehr für eigene Initiative bleiben. Wenn Formosa gefallen ist, dann können wir die chinesischen Kommunisten nicht mehr daran hindern, den Sitz Nationalchinas in den Organen der Vereinten Nationen einzunehmen. Wenn sich dann Senator Knowland durchsetzt, so müßte die westliche Hemisphäre zu einem ‚Gibraltar‘ ausgebaut werden, um überhaupt zu überleben. Wir haben also wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt ein entscheidendes nationales Interesse daran, die Kom-

munisten an der Eroberung Formosas zu hindern. Doch dürfte ein Krieg zur Rettung der Kuomintang Tschiang Kai-schek kaum populär sein, und da wir keine Verbündeten haben und wirkungskräftige Kollektivmaßnahmen nicht zur

Verfügung stehen, müßten wir viel weitgehendere Verpflichtungen auf uns nehmen, als Präsident Eisenhower bisher auch nur andeutete. Aber bevor wir unter den Alternativen eine kluge Wahl treffen, müssen wir uns dem Fest-

lande zuwenden, um die Leistungen und charakteristischen Merkmale des rotchinesischen Regimes, von dem unsere Entscheidung abhängt, weise und realistisch zugleich zu beurteilen.

## Rotchina ist keine Nußschale

Die offene, mit der Zeit noch stärker werdende Feindseligkeit des rotchinesischen Regimes gegenüber den Vereinigten Staaten hat ihre tiefen Wurzeln in der marxistisch-leninistischen Ideologie. Da sie sich somit unabhängig von unserem objektiven Verhalten gegenüber China entwickelt, wüßte ich nicht, was wir in absehbarer Zukunft tun sollten, um die chinesischen Kommunisten von ihrer feindseligen Voreingenommenheit abzubringen. Wir können den Gedanken an einen „Präventivkrieg“ nicht als Angelpunkt unserer nationalen Politik betrachten, bis wir nicht genauer wissen, ob ein Krieg, der mit Waffen von unvorstellbarer Zerstörungskraft gewonnen wird, auch wirklich die Bedingungen schafft, unter denen seine Opfer ein wahrhaft freies Leben führen können. Am 11. August vergangenen Jahres hat Präsident Eisenhower den Präventivkrieg als „Lösung“ unserer vielschichtigen Probleme ausdrücklich abgelehnt. Vielleicht können Rechtsanwälte den Unterschied zwischen einem vernichtenden Gegenangriff auf das Festland, der auf einen kommunistischen Angriff auf Formosa folgt, und einem „Präventivkrieg“ begreifen, auf die Masse der Chinesen dürfte diese feine Unter-

scheidung keinen Eindruck machen. Wenn unsere Politik insgeheim auf einen kommunistischen Angriff auf Formosa warten (wenn ihn nicht gar provozieren) sollte, um einen plausiblen Grund für einen Bombenangriff auf das Festland zu haben, dann wäre dies das Eingeständnis unseres politischen und intellektuellen Bankrotts. Jede erfolgreiche amerikanische Politik gegenüber dem chinesischen Festlande muß das Hauptaugenmerk immer auf die politische Antwort der chinesischen Massen richten — so wie unsere Schwierigkeiten in dem Irrtum wurzeln, das chinesische Volk in der Masse sei unfähig zu einer wesentlichen politischen Antwort. Der Gebrauch der politischen Waffe, die allein uns übrigbleibt, wenn wir auf den Plan eines Präventivkrieges verzichten, wird unsere Geduld auf eine harte Probe stellen und unseren Geist strapazieren. Wir müssen auch einen ganzen Schwung unzutreffender volkskundlicher Ansichten über China über Bord werfen und uns statt dessen gründliche Kenntnisse über die politischen, verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Verhältnisse des Festlandregimes und seiner Bewohner aneignen.

Nicht-Chinesen, die Chinesen davon zu überzeugen versuchen, daß der chinesische Kommunismus dem wahren chinesischen National-„Charakter“, der chinesischen „Tradition“ oder „Lebensform“ schade, dürften nicht überzeugend wirken, wenn ihnen anzumerken ist, wie wenig sie über chinesischen Kommunismus oder Nationalcharakter, über chinesische Tradition oder Lebensform wissen.

3. Jeder chinesische Revolutionär des 20. Jahrhunderts, auch Sun Yat-sen, Tschiang Kai-schek, Ch'en Li-fu aber auch Mao Tse-tung und Liu Schao-chi, hat in irgendeiner Form den Kollektivismus oder eine staatliche Intervention auf wirtschaftlichem Gebiet gefordert, um das chinesische Volk auf einen modernen Lebensstandard zu heben. Daher entspricht unsere weitverbreitete Ansicht, die chinesischen Massen sollten dazu gebracht werden, im Kommunismus eine Bedrohung des demokratischen laissez-faire oder des freien Unternehmertums zu sehen, nicht dem breiten Strom des modernen chinesischen Denkens. Es dürfte unmöglich sein, die Chinesen dahin zu bringen, im letzten Bürgerkrieg eine Auseinandersetzung zwischen einem totalitären Polizeistaat marxistisch-leninistischer Prägung und einer menschenbeglückenden Demokratie mit liberalen und laissez-faire-Tendenzen zu sehen. Amerikanische Politik und Propaganda müssen erfolglos bleiben, wenn sie im luftleeren Raum agieren.

4. Die Vereinigten Staaten haben keine „Konzessionen“ in China besessen und sich führend für die Beendigung der ungleichen Verträge und Exterritorialitäten eingesetzt, und doch haben wir die größte Mühe, den ständigen kommunistischen Vorwurf eines amerikanischen „Imperialismus“ in einer auch den chinesischen Massen verständlichen Form zurückzuweisen. Das chinesische und amerikanische Volk befinden sich zeitlich noch nicht im Einklang. Chinesen, die nie eine Eisenbahn erblickten, haben aber schon Flugzeuge gesehen und benutzt, und das Radio hat vor dem Telefon seinen Einzug auf dem Lande gehalten; in ähnlicher Weise versuchen die Amerikaner noch immer, das andersgeartete Regime vernunftgemäß zu begreifen, nachdem sich die Chinesen schon längst der sozialen Forderungen bewußt geworden sind. Die kommunistische Welt hat auf der Basis von Lenins „Imperialismus“ (1916) ihren „anti-Imperialismus“ mit den allgemeinen Theorien des Klassenkampfes und der Weltrevolution vollkommen verschmolzen, so daß der „Sieg“ über den ausländischen „Imperialismus“ (d. h. über die „monopolistischen Kapitalisten“) und der „Sieg“ über die eigenen „feudalen“ Feinde als Teile des gleichen Prozesses angesehen werden. Dieses Grundprinzip dürfte wissenschaftlich nicht stichhaltig sein, aber es ist wenigstens konsequent. In völligem Gegensatz

## Tatsachen sprechen für sich

Als erstes müssen wir uns mit der schwerwiegenden Tatsache abfinden, daß das kommunistische Regime in China fester verankert ist, als die meisten Menschen es noch vor fünf Jahren für möglich gehalten hätten: Der staatliche Polizeiapparat, der für Disziplin und Kontrolle sorgt und die Bevölkerung unterdrückt, arbeitet außerordentlich erfolgreich, — das Programm für die wirtschaftliche Entwicklung macht wesentliche Fortschritte (wenn auch nicht alle angekündigten Planziele erreicht worden sind), ein militanter revolutionärer Geist wird eifrig kultiviert, eine aggressive Außenpolitik kann brillante Erfolge vorweisen, und Mao Tse-tung und seine Anhänger nutzen in geschicktester Weise jede Möglichkeit, um ihre eiserne Herrschaft aufrecht zu erhalten.

Eine weitere Tatsache ist, daß uns unsere allgemeine Unkenntnis des chinesischen Wesens, dessen, was das chinesische Volk schätzt und verabscheut, und der innerchinesischen Entwicklung im vergangenen Jahrhundert nicht als Grundlage zur Beurteilung der ideologischen Strömungen dienen kann, die sich in den letzten Jahrzehnten in China entwickelt haben. Wir müssen uns in aller Bescheidenheit von der Pseudoweisheit einer gewissen Gattung „alter Chinaspezialisten“ freimachen, deren immer wiederkehrendes Schlagwort die „Unveränderlichkeit“ der chinesischen Welt gewesen ist. Wenn wir uns immer vor Augen halten, daß das chinesische Volk gegenwärtig das Stadium der

frühen und späten Kindheit und des Jünglingsalters durchmacht, um schließlich in die Ehe einzutreten, die Elternschaft zu erwerben und den Tod zu erleiden mit all den Freuden und Leiden, die der Entwicklungsprozeß nun einmal mit sich bringt, dann würde es uns viel leichter fallen, wenigstens einen Teil der wichtigen Dinge zu erfassen, die auf unser Dilemma einen so entscheidenden Einfluß haben. Unter den wichtigen Dingen sind zu verstehen:

1. Die ideologische Unterscheidung zwischen den Begriffen „Demokratie“ oder „Freiheit“ und „Kommunismus“, die für uns auf Grund unserer Tradition und Erfahrung eine bestimmte Bedeutung haben, die aber für die Millionen Chinesen, die niemals ein Buch gelesen haben, selten eine Zeitung zu Gesicht bekommen, sich von ihrem Geburtsort niemals weiter als eine Tagesreise entfernt haben und unbeschreiblich arm sind, nicht im entferntesten das gleiche wie für uns bedeuten.

2. Das chinesische Volk weiß, daß die chinesischen Kommunisten im Lande geborene Chinesen sind und keine fremden Eindringlinge. Es wäre sinnlos zu glauben, daß man die chinesischen Massen zu einer anderen Ansicht bekehren könnte, oder zu hoffen, daß ein entflammter chinesischer Nationalismus notwendigerweise anti-kommunistisch sein müsse. Die Kommunisten haben es mit großem Erfolg verstanden, das chinesische Nationalgefühl zu entfachen und es für ihre Zwecke einzuspannen.

hierzu können die westlichen Mächte die von ihnen einst in China ausgeübten Sonderprivilegien nicht mit der logischen Philosophie der Selbstbestimmung und Menschenrechte in Einklang bringen und sehen sich nun in dieser Frage ideologischen Schwierigkeiten gegenüber. Allzu viele Chinesen, die uns über den „Verlust Chinas“ klagen hören, meinen, wir beklagen das Ende von Exterritorialität und Sonderprivilegien. Wir können nicht auf ihre Hilfe bei einem amerikanischen Kreuzzug zur „Wiedergewinnung“ Chinas rechnen.

5. Ein ganzes Jahrhundert lang und besonders seit 1898 hat China kaleidoskopartig politische und soziale Experimente gemacht. Vieles vom Alten wurde unwiederbringlich zerstört oder ausgehöhlt. Das alte „Familiensystem“, unter dem technisch das geschlossene System eines persönlichen Treue- und Verantwortungsverhältnisses zu verstehen ist, geht seinem Ende zu. Das ist nur ein Beispiel. Der Veränderungsprozeß wird jetzt beschleunigt, aber nicht in jedem Falle, in dem das Alte zerstört worden ist, ist von den verschiedenen Möglichkeiten schon eine bestimmte ausgewählt worden. Das Festland ist von Aufbauieber erfaßt worden und will Neues bauen, nicht Altes wiederherstellen. Wir werden es niemals zu einer klugen Chinapolitik bringen, wenn wir die Uhr zurückstellen, bereits Vollendetes zerstören und irgendwelche imaginären „normalen Verhältnisse“ wieder herstellen wollen; und der Unterstaatssekretär, der am 26. Februar 1954 die sentimentale Erklärung abgegeben hat, „das amerikanische Volk wünsche nichts sehnlicher als daß China wieder zu sich selbst fände“, hat in diesem Sinne etwas offensichtlich Absurdes gesagt. Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen; China sei auf sozialem Gebiete unveränderlich, und uns mit der Tatsache abfinden, daß China sich ändern kann und sich schon geändert hat. Was wir in der Chinafrage tun können, kann durch zwei Fragen geklärt werden: Was werden wir in China vorfinden, wenn wir einmal wieder Einfluß ausüben können? Und auf welche Art China soll eine für die Zukunft planende Chinapolitik ausgerichtet sein?

Der größte Teil des chinesischen Volkes, der die westliche Auffassung eines persönlichen Gottes nicht teilt, wird von unserer moralischen Verurteilung des „atheistischen“ Kommunismus völlig unberührt bleiben. Wir glauben, daß freie Menschen die totalitären Ansprüche des Kommunismus (Nazismus und Faschismus) aus sittlichen und ethischen Gründen ablehnen müssen, aber wir irren in der Annahme, die moralische Empörung könne der Außenpolitik immer noch als brauchbares Werkzeug dienen. So erzählte uns Außenminister Dulles am 24. Februar 1954, daß Rotchina nach Genf eingeladen sei, um „vor den Schranken der Weltmeinung Rechenschaft abzulegen“, eine Erklärung, so völlig im Widerspruch zu den Tatsachen, daß sie Zweifel an dem geistigen Zustand unserer Nation hervorrufen mußte. Kurz danach erklärte ein Beamter des State Department, „die Aggression in Korea werde, soweit Rotchina damit zu tun habe, solange keiner gründlichen Prüfung unterzogen, bis es seine ganzen Truppen zurückgezogen habe“. Damit haben wir einer politischen

Entscheidung der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein einseitige Auslegung gegeben mit dem Erfolg, daß wir unsere eigene festgefügte moralische Auffassung einem Vorgehen zugrunde legen, an dem wir gemeinsam mit anderen beteiligt sind. Unser einseitiges moralisches Urteil über das politische Vorgehen einer Gemeinschaft, der wir nicht allein angehören, kann dem gegenseitigen Vertrauen und Verstehen zwischen Freunden nur Abbruch tun und könnte vielleicht erklären, warum wir so allein stehen, obgleich wir uns diesen Luxus kaum leisten können. Wir begeben uns der Möglichkeit, uns einer veränderten Lage anpassen zu können, wenn wir einem Standpunkt, der unseren nationalen Interessen zu einem bestimmten Zeitpunkt dienlich ist — „Nichtanerkennung“, „kein Sitz in den Vereinten Nationen“, „absolutes Embargo“ usw. — einen absoluten moralischen Wert zuschreiben.

Wenn man die Summe dieser kurzen Argumente zieht, kommt man zu dem Ergebnis, daß wir mit unserer Chinapolitik nicht gut fahren werden, wenn wir der beharrlichen Überzeugung

## „Auch eine Tausend-Meilen-Reise beginnt mit einem einzigen Schritt“

Wenn wir uns mit Rotchina beschäftigen wollen, brauchen wir ein besseres Verständnis der nationalen und chinesischen Interessen, von denen Mao Tse-tung und seine Mitarbeiter geleitet werden. Die offizielle amerikanische politische Ansicht ist die, daß Rotchina „Moskau und dem internationalen Kommunismus hörig“ und daher nicht im Besitz „souveräner Unabhängigkeit“ ist. Diese Ansicht würde den chinesischen Kommunisten die Fähigkeit absprechen, im Sinne der für national wichtig gehaltenen Interessen zu handeln. Es würde bedeuten, daß Moskaus Erlasse ebenso in China wie in der Sowjetunion gelten und Abmachungen mit dem Kreml von seinem chinesischen Satelliten sofort erfüllt werden. Von diesem Standpunkt aus ist „Chinapolitik“ fast gleichbedeutend mit „sowjetischer Politik“; und die im Juli vergangenen Jahres in Genf zwischen Molotow und Mendès-France geführten Gespräche wären demnach für China wichtiger als die einige Wochen vorher an der chinesisch-indochinesischen Grenze abgehaltenen Vorbesprechungen zwischen Tschu En-lai und Ho Schi-minh. Ab und zu geben unsere Beamten zu, daß China vielleicht doch kein Satellitenstaat wie Ungarn und Polen ist; oder auch, daß China eher einem „jüngeren Bruder“ der Sowjetunion als einem Satelliten gleicht. Diese der Wahrheit nur unwillig gemachten Konzessionen werden jedoch nicht als Grundlagen der amerikanischen Chinapolitik anerkannt, da sie sich im Widerspruch zu dem vorschnellen Urteil befinden, „internationaler Kommunismus“ sei nur ein Dialektausdruck für „sowjetischen Imperialismus“. Daher könnten chinesische Kommunisten, „wie Kommunisten überall“, nur Agenten der Sowjetunion sein.

Dieser zum Schaden reichende Eindruck macht eine ausführliche Analyse des Begriffs, den man „internationalen Kommunismus“ nennt, und der besonderen Formen der chinesisch-sowjetischen Beziehungen notwendig. Der

sind, daß ungezählte Millionen unglücklicher und verbitterter Chinesen in einem Zustand gärender Unzufriedenheit und Auflehnung nur auf den Tag warten, da Ausländer oder Überseechinesen kommen und sie „befreien“ werden. Wir tragen der Wirklichkeit gar nicht Rechnung, wenn wir glauben, das chinesische Volk sei nur allzu bereit, die Waffen gegen eine Regierung zu erheben, die ihnen zum ersten Mal seit Generationen eine stabile Währung, das Ende des Bürgerkrieges und die politische Einheit des großen Festlandes gebracht hat. Es ist ein viel umfangreicheres Unterfangen, den chinesischen Kommunismus auf dem Festlande zu zerstören, als wir offenbar meinen, und viel schwieriger, als ihn in den gegenwärtigen Grenzen zu halten. Was uns in einem Falle geglückt ist, muß nicht auch im anderen glücken. Rotchina ist keine Nußschale, die mit einem einzigen festen Schlag zu öffnen ist. Wir müssen mehr Geduld haben, auf längere Sicht planen und uns mit der Notwendigkeit einer Aktion von einmaliger Kompliziertheit anfreunden.

Augenschein spricht dafür, daß Rotchina und die Sowjetunion der gleichen ideologischen Auffassung sind, daß sie einen ähnlichen Standpunkt in allen die nicht-kommunistische Welt betreffenden Fragen einnehmen und durch entsprechendes Vorgehen auf nationalem und internationalem Felde die „Weltrevolution“ gemeinsam voranzutreiben trachten. In der Blütezeit der Komintern Lenins (1919–1924) hatte der „internationale Kommunismus“ eine ganz andere Bedeutung als in der Zeit, nachdem Stalin die „Internationalisten“ ausgerottet hatte. Danach, ungefähr in der Zeit zwischen 1928 und 1949, war der „internationale Kommunismus“ kaum von der Sowjetpolitik zu unterscheiden, ausgenommen in China, wo die chinesischen Kommunisten die de facto-Kontrolle über verschiedene Gebiete unterschiedlicher Größe und verschiedenartiger Bevölkerung besessen haben. Die Errichtung kommunistischer Kontrollen über ein so großes, volkreiches und mit natürlichen Reichtümern gesegnetes Land muß auf die Beziehungen innerhalb der kommunistischen Welt eine außerordentliche Wirkung haben. Diese Wirkungen machten sich in China und Rußland fühlbar. Mao Tse-tung hatte die „Internationalisten“ innerhalb seiner eigenen Partei in den Jahren 1942–43 „umgeformt“, und bis 1945 war das „Gedankengut Mao Tsetungs“ (d. h. Maoismus) als Richtung marxistisch-leninistischer Orthodoxie in China fest verankert. Erst im Dezember 1949 — drei Monate nach der Proklamierung der chinesischen Volksrepublik in Peking — kam Mao nach Moskau, um Stalin zu treffen. Wir dürfen annehmen, daß zwischen Mao und Stalin hinter der Fassade des formalen chinesisch-sowjetischen Vertrages (14. Februar 1950) eine Absprache über gemeinsames Vorgehen in mehreren Punkten getroffen worden ist. Es ist zu vermuten, daß die neue kommunistische Synthese auf der

Grundlage der „Gleichheit, des beiderseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung“ errichtet worden ist, was in anderem Zusammenhang

seinen Ausdruck in dem chinesischen „Gemeinsamen Programm“ vom 29. September 1949 findet.

## Der Begriff der „Gegenseitigkeit“

Der Begriff der „Gegenseitigkeit“ erklärt, warum kapitalistische Länder bei ihrem Versuch, diplomatische Beziehungen mit dem kommunistischen China aufzunehmen, so wenig Erfolg gehabt haben. Es dürfte auch erklären, wie China und die Sowjetunion ihre respektiven Verpflichtungen innerhalb eines weltweiten kommunistischen Systems abgrenzen. Die von der Sowjetunion vor der Partnerschaft mit den chinesischen Kommunisten der kommunistischen Welt (mit Ausnahme Titos) aufgezwungene Kontrolle hat einer geschmeidigeren Form im Innern Platz gemacht. Auch jetzt noch beschränkt sich die „Kominform“ aus dem Jahre 1947 auf die Mitgliedschaft der kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der sieben europäischen Länder, während das kommunistische China einer analogen, aber weniger formellen fernöstlichen Organisation vorsteht. Satelliten und Hauptaktionsaufgaben der Sowjetunion liegen im östlichen und vermutlich noch im restlichen Europa. Das kommunistische China hat wahrscheinlich einen richtigen Satelliten (Nordkorea) und Aktionsaufgaben in einem Gebiet, das die einzelnen Teile Indochinas, Indonesien, Formosa, die Philippinen und Japan umfaßt. Mit Veränderungen ist zu rechnen, falls diese Länder und Indien kommunistisch werden sollten. Es würde uns beim Denken und Planen sehr helfen und von der Beschäftigung mit kommunistischen „Programmen“ und „Zeitplänen“ befreien, wenn wir berücksichtigen, daß sich die Struktur des internationalen Kommunismus ändert und er durchaus wendig zu handeln versteht.

Die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion im Rahmen des Kommunismus setzen voraus, daß es keine Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche Interessen gibt und ihr Vorgehen in Fragen von allgemeiner Bedeutung völlig koordiniert ist, aber sie erfordern offensichtlich nicht die völlige Identität ihrer auswärtigen Politik. In Belangen von besonderem nationalen Interesse, an denen die Sowjetunion nicht aktiv interessiert ist, entwickelt China offensichtlich eine eigene Politik (wie z. B. bei der Festsetzung der indischen Rechte und Interessen in Tibet oder der Behandlung der Angelegenheiten der Überseechinesen in den südostasiatischen Ländern). Jeder Partner unterstützt durch Propaganda oder andere Maßnahmen aktiv die Politik des anderen, besonders wenn sie mit allgemeinen politischen Kampagnen wie „dem Kampf für den Weltfrieden“, „den Fünf-Mächte-Verhandlungen“ und „der Regelung der Weltspannungen“, „der Ächtung des Atomkrieges“ usw. verbunden werden können. Nahezu ununterbrochene zweiseitige Unterredungen auf Politbüro- und Ministerebene lösen die aus den direkten Beziehungen entstehenden politischen Probleme (wie die Klärung der Positionen in fremden Ländern, in denen beide Staaten Interessen haben wie in Nordkorea, oder die Festsetzung des Umfangs an militärischen Lieferungen, die die Sowjetunion an China zu machen hat). Die lange Reihe der

Routineprobleme, die Entscheidungen auf einer niederen Ebene erfordern, (wie die Erfüllung des Abkommens über die durchgehende Eisenbahnlinie Peking–Moskau oder der jährliche Produktionsplan des gemeinsamen chinesisch-sowjetischen Hüttenwerkes in Sinkiang) scheint durch direkte Verhandlungen zwischen Beamten gleichen Ranges innerhalb der chinesischen und sowjetischen Verwaltungshierarchie gelöst zu werden. In diesen Fällen hat das bürokratische Verfahren von Regierungsabteilungen oder Ämtern, die an der Sache ein dienstliches Interesse haben, den Vorrang vor dem normalen diplomatischen Weg. Die Beziehungen auf höchster Ebene werden durch undurchdringliche Sicherheitsmaßnahmen geschützt, die, soweit bekannt ist, bisher absolut zuverlässig gearbeitet haben — an sich schon eine bemerkenswerte Tatsache; und nichts deutet darauf hin, daß ein Partner dem anderen Anweisungen in Angelegenheiten gibt, die nur den anderen etwas angehen.

Das eindrucksvolle Netzwerk chinesisch-sowjetischer Verträge, Abkommen, Erklärungen, Kommuniqués, ausgetauschter Noten usw. — über 50 zwischen 1950 und 1954 — scheint jedem Land ausreichenden Spielraum zur Entwicklung eigener Initiative zu lassen. Beide Länder haben sich verpflichtet, die eigene, unter staatlicher Kontrolle stehende Wirtschaft oder den vom Staate geleiteten Sektor der Wirtschaft zu intensivieren. Die Möglichkeiten für Reibungen und Konflikte, die entstehen könnten, wenn jedes Land engherzig versuchen würde, die begrenzte Produktion für sich zu sparen und seine Waren dem anderen vorzuenthalten, sind gering bei einer Partnerschaft, die freiwillig den Warenumschlag erhöhen will. Kürzlich veröffentlichte offizielle rotchinesische Zahlen besagen, daß sich der Handelsumfang zwischen China und den anderen „Volksdemokratien“ seit 1950 vervierfacht hat. Die Sowjetunion wird wichtiger Verpflichtungen ledig und frei sein für eigene größere Offensiven an anderen Stellen in dem Maße, wie es ihr gelingt, die wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu beschleunigen und es instand zu setzen, die Anforderungen aus dem sich ausbreitenden kommunistischen Einfluß in ganz Südasiens und dem Pazifik zu befriedigen.

## Falsche Vorstellungen

In der Annahme, daß die chinesisch-sowjetischen Beziehungen von einer latenten Feindschaft durchsetzt sind, gefällt sich die westliche Welt in der Vorstellung, die dauernden Reibungen müßten die guten Beziehungen allmählich abnutzen, nur die härteste Selbstdisziplin ließe eine beiderseitige Eifersucht nicht aufkommen und eines schönen Tages werde sich einer der Partner (gewöhnlich denkt man hierbei an China) plötzlich bewußt, daß er vom anderen zum besten gehalten worden sei. Warum sollten die Chinesen die Anwesenheit einer großen Zahl sowjetischer Techniker für unvereinbar mit

Chinas realen Interessen halten, solange Chinas Produktionsanlagen verbessert werden und ein genügend großer Teil des Reinproduktes für China übrig bleibt? Warum sollen wir annehmen, China fühle sich zugunsten der sowjetischen Industrialisierung und des sowjetischen Kriegspotentials geschröpft, wenn unsere einzigen Statistiken beweisen, daß die sowjetischen Lieferungen nach China größer sind als die chinesischen Lieferungen an die Sowjetunion? (Die Sowjetunion schreibt die finanzielle Differenz „auf Kredit“). Warum soll China die sowjetische Waffenüberlegenheit fürchten, solange die Sowjetmacht die beste Garantie ist für die Sicherheit der ganzen kommunistischen Welt, China mit eingeschlossen? Warum soll die Sowjetunion in absehbarer Zeit auf Chinas wachsendes Wirtschaftspotential und auf die Konkurrenz, die es eventuell später einmal machen könnte, eifersüchtig werden, solange jedes Land einen eigenen unbefriedigten Konsummarkt hat oder solange die wirtschaftliche Stärke beider Nationen zu künftigen politischen Siegen beitragen könnte? Warum sollen die beiden Partner, deren gemeinsames Vorgehen schon so viel Bestürzung, Verwirrung und Unsicherheit in die Reihen der Feinde getragen hat, gegen die Vorteile eines festen Zusammenhaltes blind sein?

Um herauszufinden, inwieweit die chinesisch-sowjetischen Beziehungen mit den chinesischen Nationalinteressen vereinbar sind, müssen wir aufhören vorzuschreiben, welche Ambitionen China haben, wie China sich benehmen sollte oder was „auf die Dauer das Beste für China wäre“. Wieder müssen wir uns mit einigen harten Tatsachen abfinden:

1. Die Führer der stärksten Regierung, die China seit Jahrhunderten gehabt hat, halten sich nicht für sicher, solange bewaffnete „Freunde des Westens“ in Reichweite stehen;
2. sie vertrauen darauf, daß die in Korea und Indochina errungenen Siege an anderer Stelle wiederholt werden können;
3. sie glauben, das Gewicht, das sie der kommunistischen Welt jetzt einbringen und das ihre eigene Position und die ihrer Freunde stärkt, werde auch Chinas Prestige und Weltgeltung erhöhen;
4. sie glauben, daß Chinas wirtschaftliche Entwicklung bei enger Anlehnung an eine befreundete Sowjetunion schnellere Fortschritte machen werde als bei einer freieren Wirtschaftsform, die sie vom feindlichen amerikanischen Kapitalismus und seiner Produktion abhängig machen würde; und
5. sie glauben, daß eine Erhöhung der nationalen Produktion und ein besserer materieller Lebensstandard militante Disziplin, ausgeprägte nationale Gesinnung und das Ende der veralteten, lethargischen Ethik erfordern.

„Eine „realistische“ Chinapolitik muß gerade diese Fakten ansprechen. Nur wenn wir den Interessen unserer Gegner die gleiche Bedeutung zumessen, wie sie selbst, dann erst können wir überhaupt beurteilen, inwieweit sie ihre nationalen Ziele zu erreichen imstande sind, und können sie von Zielen abzubringen versuchen, die mit den unsrigen unvereinbar sind.“

## Die „Einheitsfront-Taktik“

Die Art des kommunistischen Vorgehens in Asien in der Nachkriegszeit deckt sich mit der neuen Auffassung von den chinesischen Nationalinteressen und gleichzeitig mit dem unveränderten Ziel der Weltrevolution. Diese Form ist mehr „maoistisch“ als „stalinistisch“ und bedient sich auf internationalem Felde der in China in so vollkommener Weise entwickelten „Einheitsfront-Taktik“. Der Maoist läßt nichts über eine „soziale“ Revolution verlauten, bis es ihm gelungen ist, eine mehrere soziale Klassen umfassende, kommunistisch geleitete Einheitsfrontorganisation aufzubauen, die den Kampf um die Macht aufnehmen kann. Unterdessen wirbt er für die Einheitsfront mit Schlagworten, die keine offensichtliche Bedrohung für die Unabhängigkeit des Landes darstellen: „Weltfrieden“, „Demokratie“, „Anti-Imperialismus“, „Souveränität des Landes“ usw. Die offizielle Linie des asiatisch-australasiatischen Gewerkschaftskongresses (Peking, November 1949), der asiatischen und pazifischen „Volksfriedenskonferenz“ (Peking, Oktober 1952) und der letzten Konferenz der ständigen Verbindungskomitees (Peking, Mai 1954) basiert fast vollständig auf den kommunistischen Erfahrungen in China. Sie spiegelt die derzeitige Taktik wieder, zur Vollendung der Weltrevolution die regionalen Abschnitte nacheinander zu gewinnen, „die von den Friedensorganisationen der verschiedenen Länder unternommenen Aktionen“ zu koordinieren und eine weitere Vereinigung der „arbeitenden Klasse mit den Bauern und allen Patrioten, die den Frieden lieben“, zu fordern.

China leitet die Aktion in Asien: Das Hauptquartier befindet sich in Peking, die leitenden Leute sind hauptsächlich Chinesen und der Pekinger Sender ist das Hauptverbindungs- und Propagandainstrument. Ein stolzer Chinese würde es nicht unbedingt unvereinbar mit den nationalen Interessen Chinas finden, daß seine Regierung die Leitung dieses Programms übernommen hat. Er kann sich ein Bild von dem großen Zuwachs an Prestige, Ehre und „Gesicht“ machen, wenn der chinesische Einfluß auf diese Weise über ganz Asien und Südostasien ausgedehnt werden sollte. Sicher wird er nichts gegen die Aussicht einzuwenden haben, sich bald schon für die unter der Herrschaft des Westens jahrzehntelang erlittene ungerechte Behandlung und Diskriminierung zu rächen. Mancher Chinese zöge vielleicht ein langsameres Tempo, eine sorgfältigere Berechnung des Risikos, höflichere Manieren, weniger Aufwand vor, aber diese Einwände hauptsächlich intellektueller Art entsprechen nicht dem Zeitgeist des heutigen Chinas.

Vergessen wir auch nicht die 4 000 Jahre einzigartiger politischer Geschichte, die China durchlebt hat. Das angesammelte Wissen von der Politik als Kunst hat verhindern helfen, daß ein ohnmächtiges China im 19. Jahrhundert aufgeteilt worden ist; im 20. Jahrhundert befähigt es China, mit der Sowjetunion um die Führung in der Weltrevolutionsbewegung zu rivalisieren. Ich fürchte, die chinesischen Kommunisten haben der alten politischen Kunst eine neue Dimension hinzugefügt und sind kei-

neswegs die Düpierten im sowjetischen Spiel und verstehen, für sich einen beträchtlichen Gewinn herauszuholen.

Was können wir also in der chinesischen Frage tun?

1. Unsere Formosapolitik sollte dem defensiven Charakter unserer Interessen an der Insel untergeordnet werden und unser defensives Vorgehen (wenn unerläßlich) sollte sich möglichst weitgehend auf die Insel und ihre unmittelbare Nachbarschaft beschränken. Der Entschluß der Kommunisten, Formosa zu erobern, sollte sorgfältig im Lichte der gegenwärtigen Lage auf Formosa und der Fähigkeit der Kommunisten, auf politischem und militärischen Felde aktiv zu werden, betrachtet werden. Militärische Maßnahmen zur Abweisung eines direkten Angriffes auf Formosa sollten unter Berücksichtigung ihrer eventuellen politischen Rückwirkungen getroffen werden. Da ein kommunistischer Angriff auf Formosa unsere Verbündeten vermutlich nicht zum Beistand verpflichten und wahrscheinlich auch keine Aktion der Vereinten Nationen veranlassen würde, müssen wir den Einfluß umfassender pazifischer Operationen, zu denen unsere Hauptstreitkräfte über einen längeren Zeitraum gezwungen sein könnten, auf unsere Interessen und Ziele im nordatlantischen Raum und an anderen Stellen in Betracht ziehen. Die Verteidigung Formosas sollte nicht mit einem Gegenangriff auf das Festland verbunden werden. Es sollte immer ein klarer Unterschied gemacht werden zwischen dem, was die Nationalchinesen militärisch und politisch zur Verteidigung Formosas und dem, was sie zur Wiedereroberung des Festlandes aus kommunistischen Händen beisteuern können.

2. Das kommunistische China ist eine Quelle großer Sorge für uns, weil sein Regime den Vereinigten Staaten feindlich gesinnt und fest entschlossen ist, die Position der Vereinigten Staaten im ganzen Fernen Osten auf jede Art und Weise zu zerstören — auch durch Zerstörung der für die Vereinigten Staaten vorteilhaften Verbindungen und Abmachungen. Dieses Ziel erfordert die Vernichtung der nichtkommunistischen Regime. Aber nicht-kommunistische Staaten in Asien, die politische Bindungen an die Vereinigten Staaten haben (Südkorea, Japan, die Philippinen, Malaya und Thailand), scheinen als Ziele kommunistischen Vorgehens den Vorrang zu haben vor nicht-kommunistischen Ländern, die nicht so eng an die Vereinigten Staaten gebunden sind (Indien, Burma und Indonesien). Es muß daher unser unmittelbares Hauptanliegen sein, die chinesischen Kommunisten möglichst weitgehend daran zu hindern, auf politischem oder anderem Felde in feindlichem Sinne aktiv zu werden, und zu versuchen, das kommunistische China jetzt und darüber hinaus auf die gegenwärtigen Grenzen zu beschränken. Zu Erreichung dieser Ziele müssen wir nicht notwendigerweise direkt gegen das kommunistische China vorgehen, sondern vor allem den politischen Gesundheitszustand und die Stabilität der nicht-kommunistischen Nachbarn Chinas verbessern. Das ist

eine positive Politik, die nichts mit einer „Beschwichtigungspolitik“ zu tun hat. Angesichts der unglücklichen Umstände kann die Haltung nicht als passiv und der Geist nicht als defaitistisch bezeichnet werden. Wir müssen positiv handeln, selbst innerhalb der gesteckten Grenzen. Unserem Vorgehen muß eine kluge wirklichkeitsnahe Beurteilung der chinesischen Situation vorangehen. Wir müssen wendig und ideenreich aus altbekannten Tatsachen neuen Sinn herauslesen und eine ständige Neubewertung der Tatsachen in einen hochdynamischen Zusammenhang einzuordnen wissen. Wenn unsere besonderen Maßnahmen realistisch und die für die Festlandbewohner bestimmte Propaganda auf ihre tägliche Erfahrungen abgestimmt sein soll, dann brauchen wir den besten Nachrichtendienst.

Wir müssen alle Anzeichen für eine Bereitschaft der chinesischen Kommunisten wahrnehmen, die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege zu bereinigen. Dies erfordert das Gewissen und der gute Glaube der Amerikaner. In diesem Sinne erklärte Außenminister Dulles im vergangenen Januar: „Wir weigern uns nicht, mit dem kommunistischen China in Verhandlungen einzutreten, wo die Lage es erfordert“. Aber auch angesichts unserer Bereitwilligkeit, Vorschläge in Betracht zu ziehen, dürfen wir von den chinesischen Kommunisten nicht erwarten, daß sie ihre Position der Stärke aufgeben, die ihnen eine bessere Verhandlungsbasis sichert. Wir sollten außerdem nicht vergessen, daß „Verhandlungen“ mit dem kommunistischen China keine diplomatische Anerkennung nach sich ziehen, und es keinen Gewinn brächte, unsere Politik von dieser speziellen Frage abhängig zu machen. Der Grund hierfür unterliegt gar nicht unserer Initiative: Die chinesischen Kommunisten haben niemals unsere Anerkennung gefordert, sie haben nur von Zeit zu Zeit die allgemeinen Bedingungen genannt, unter denen sie über dieses Thema „in Verhandlungen eintreten“ würden — keine dieser Bedingungen läßt sich mit den amerikanischen Interessen in Einklang bringen. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß die unverantwortlichen Befehle und Ultimaten, die die Kommunisten nicht zum Nachgeben bewegen konnten, sie andererseits auch nicht ermutigen dürften, um Verhandlungen über routinemäßige oder nicht-politische Fragen nachzusuchen.

Zum Schluß noch ein Wort über „Befreiung“. China ist nicht von Fremden überfallen worden, so wie zum Beispiel das freie Frankreich 1940. Die „Befreiung“ des chinesischen Volkes von der totalitären Herrschaft der chinesischen Kommunisten würde nicht, wie im Falle der „Befreiung“ Frankreichs 1944, die unterdrückte menschliche Freiheit wiederherstellen, weil es sie im modernen China niemals gegeben hat. Im Grunde ist die „Befreiung“ eines Volkes nur durch eigene Kraft möglich. Nur wenn die Chinesen imstande sind, eine Form des politischen und sozialen Lebens zu entwickeln, die ihren eigenen von ihnen als solche anerkannten Bedürfnissen und Wünschen

entspricht, kann von einer wirklichen Befreiung des chinesischen Volkes gesprochen werden. Technisch würde also eine amerikanische „Befreiungspolitik“ gegenüber China ein Widerspruch in sich selbst sein. Während eines langen Zeitraumes können die Vereinigten Staaten vielleicht zum Prozeß der Selbstbefreiung des

chinesischen Volkes einen Beitrag leisten, aber auch diesen ganz bescheidenen Beitrag können wir nur leisten, wenn der chinesische Kommunismus erfolgreich auf seine gegenwärtigen Grenzen beschränkt und seines aggressiven Charakters entkleidet wird. Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Auch eine Tausend-Meilen-

Reise beginnt mit einem einzigen Schritt“. An diesen Grundsatz sollten wir immer denken, wenn wir den fernen Stern der Freiheit sehen. Aber wenn wir unsere Reise antreten, dann tun wir besser daran, ihn zunächst als Navigationshilfe zu unserem nächsten Hafen zu benutzen.

CHESTER BOWLES

## Eine Zweiparteienpolitik für Asien

Den Artikel von Chester Bowles entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages HARPER & BROTHER, New York, der amerikanischen Zeitschrift „HARPER'S MAGAZINE“ (Mai 1954). Copyright 1954 by Harper & Brother, New York.

In Europa hat uns logisches Denken, verbunden mit kühner Phantasie den Weg geführt, der durch den Marshall-Plan und die Nordatlantische Verteidigungsorganisation gekennzeichnet ist. Dieser Kurs hat die kommunistische Expansion auf dem europäischen Kontinent zum Stillstand gebracht und dazu beigetragen, der westeuropäischen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Wenn diese Politik auch vielleicht nicht hundertprozentig erfolgreich war, so stimmen doch die meisten Amerikaner darin überein, daß sie sich in der richtigen Richtung bewegte.

In Asien jedoch, wo die Lage komplizierter und ebenso dringlich gewesen ist, haben wir dagegen wenig logisches Denken und Phantasie angewandt. Mit dem Ergebnis, daß unsere Ziele: Stabilität, Friede und wirksame Verteidigung gegen die Aggression, ernstlich in Gefahr sind. Es ist an der Zeit, daß wir den Tatsachen unumwunden ins Auge sehen. Ich sage dies nicht als ein kleinlicher Kritiker, sondern als ein amerikanischer Bürger, der der Meinung ist, daß die Geschichte — sei es zum Guten oder zum Schlechten — in den kommenden Jahren hauptsächlich in Asien geschrieben werden wird und als ein Mensch, der sich große Sorgen um den augenblicklichen Verlauf der Dinge macht.

Das eine wenigstens steht fest: die Zukunft Asiens wird nicht auf der Halbinsel Korea oder auf der Insel Formosa oder in Thailand oder den Philipinen entschieden. Diese vier uns freundlich gesinnten Länder mit einer Gesamtbevölkerung von nur 70 Millionen haben nicht einmal die Hälfte der Macht, um die Zukunft Asiens zu formen, welche die industriell mächtigen 85 Millionen Japaner besitzen, die keineswegs als unsere Verbündeten angesehen werden können. Und südlich davon liegt das „neutralistische“ Indonesien, liegen Burma und Indien mit einer Gesamtbevölkerung von 500 Millionen Menschen, die anscheinend von unserer augenblicklichen Strategie fast vollkommen ignoriert werden.

Als Nationalchina fiel, erlitten die Vereinigten Staaten eine vernichtende Niederlage. Aber noch besorgniserregender ist die Tatsache, daß wir uns diese Lektion bis jetzt nicht zu Herzen genommen haben. Stattdessen haben wir unsere Energie in einer parteigebundenen Suche nach den Sündenböcken vergeudet. Dies hat nicht nur unser Nachdenken über China gelähmt, sondern uns auch daran gehindert, in dem noch übriggebliebenen Zweidrittel von Asien, dessen Schicksal noch in der Schwebe ist, konstruktiv zu handeln.

Wenn wir neue und noch größere Katastrophen verhindern wollen, müssen wir jede parteigebundene Politik beiseite lassen und den Willen aufbringen, diese Lähmung zu überwinden, ehe es zu spät ist. Im folgenden seien einige diese Situation beleuchtende Tatsachen genannt, über deren Richtigkeit, so glaube ich, die erfahrensten Beobachter in Asien mit mir einer Meinung sind. Ob diese Tatsachen nun angenehm sind oder nicht, man wird sich bald mit ihnen auseinandersetzen müssen.

### 1. Die kommunistische Macht ist in China fest im Sattel.

Das fast einstimmige obwohl bedauerliche Urteil von Asiaten, Europäern und Amerikanern, die China verlassen haben, lautet, daß das kommunistische Regime durch rücksichtslose Organisation eine nie dagewesene Machtposition auf dem chinesischen Festland errungen hat. Mit der kommunistischen Partei von fünf Millionen Mitgliedern, einer Roten Armee von ungefähr 175 Divisionen und einer fast zwei Millionen starken Sicherheitspolizei hat Maos Regierung jene straffe, zentralisierte Herrschaft errichtet, wie sie China seit vielen Generationen nicht gekannt hat.

Der Krieg in Korea hat das Nationalgefühl angestachelt und die Bindung zwischen China und Rußland gefestigt. Wenn es der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten gelingt, die gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik mit

China aufrechtzuerhalten, wird der Westen sich einem fast autarken Kolos von 800 Millionen Menschen gegenübersehen, der sich von Kanton nach Prag erstreckt und der sein Ziel darin sieht, die freien Regierungen überall zu vernichten.

Etwa anzunehmen, daß das kommunistische System nicht funktionieren wird, weil es moralisch im Unrecht ist, hieße die Gefahr nur vervielfachen. Das schnelle Emporwachsen der Sowjetunion innerhalb von 30 Jahren zur zweitgrößten Industriemacht der Welt, zeigt allzu deutlich, was totalitäre Methoden in dem weiten chinesisch-russischen Kernland erzielen können, wenn die endgültige Konsolidierung eintritt.

### 2. Militärische Maßnahmen gegen China selbst würden äußerst kostspielig und wahrscheinlich wirkungslos sein.

Sowohl Chiang Kai-shek als auch Syngman Rhee haben uns wiederholt dringend darum gebeten, in einem offenen Krieg gegen China einzutreten und erklärt, daß sie beabsichtigten, China ohne uns anzugreifen. Viele Amerikaner glauben ernsthaft, daß Chiang Kai-shek in der Lage sein würde, erfolgreich in das chinesische Festland vorzudringen.

Aber bei sorgfältiger Überprüfung fällt diese Annahme in sich selbst zusammen. 400 000 kampferfahrene amerikanische und UN-Truppen auf einer begrenzten Front in Korea, zusätzlich 600 000 südkoreanische Truppen mit eindeutiger Luftüberlegenheit, deren beide Flanken unter dem Schutz der amerikanischen Flotte standen, brachten es nicht fertig, einen entscheidenden Sieg herbeizuführen. Wie können wir dann erwarten, daß eine nationalchinesische Armee mit weniger als der halben Stärke (und einem Durchschnittsalter von 29 Jahren) den Zusammenbruch der gesamten rotchinesischen Armee herbeiführen könnte, selbst mit der Unterstützung unserer Luftwaffe und unserer Flotte?

Japans Erfahrung in den dreißiger Jahren sollte uns Anlaß geben, ein solches Abenteuer zu bedenken. Mit einer mechanisierten Armee von drei Millionen Mann und der vollen Vorherrschaft in der Luft konnten die Japaner nach 13 traurigen Kriegsjahren nicht mehr erreichen, als chinesische Städte zu besetzen und die Haupteisenbahnlinien zu beherrschen. Hinter den japanischen Linien entwickelten sich Mao Tse-tungs Guerillastreitkräfte zur Roten Armee, die schließlich das ganze Land beherrschte.

Man könnte argumentieren, daß diese Vergleiche nicht stichhaltig sind, denn wenn erst einmal Chiang Kai-scheks Truppen das Festland erreichten, würde das chinesische Volk gegen die Kommunisten aufstehen. Aber mir ist kein objektiver Beweis bekannt, der diese Hoffnung berechtigt erscheinen ließe.

Wie steht es nun mit der Verwendung von Atomwaffen, gerichtet auf das Zentrum der kommunistischen Macht, eine nicht kostspielige Methode, um die kommunistische Regierung in China zu vernichten? Auch hier scheint nur der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein.

Die Atombombe würde eine verheerende Wirkung ausüben, wenn sie gegen ein konzentriertes, zusammenhängendes Industrieland wie Japan, England, Rußland oder die Vereinigten Staaten angewandt würde. Aber wie wirksam wäre sie gegen ein weites ausgedehntes Agrarland, das kaum Industrie hat und wo ungefähr Dreiviertel aller Leute in Dörfern wohnen. Was würde man erreicht haben, wenn man Mao los würde? Und würde nicht die Sowjetunion in Einhaltung ihres Militärpaktes mit dem kommunistischen China sofort an uns „Vergeltung“ üben?

Außerdem könnte kaum etwas mehr dazu beitragen, das nichtkommunistische China gegen uns einzunehmen, als ein scheinbar willkürlicher Atomangriff auf dichtbevölkerte chinesische Städte, wo es fast keine militärischen Ziele gibt. Bereits Millionen von Asiaten, die in ihrem Rassegefühl empfindlich sind, glauben die phantastische sowjetische Anschuldigung, daß wir die Atombombe auf Hiroshima abwarfen und nicht auf Berlin, weil wir die Japaner als Asiaten und damit als Menschen zweiter Klasse ansahen.

Andere wiederum haben den Gedanken aufgeworfen, daß eine Seeblockade ausreichen würde, um China auf die Knie zu zwingen. Eine solche Blockade würde wahrscheinlich China belasten, aber ebenso viele Schwierigkeiten für unsere Alliierten in Europa bringen und China in eine vollständige Abhängigkeit von der sowjetischen Wirtschaft zwingen. Darüber hinaus sollte man überlegen: wenn China wirklich Schaden nehmen würde, nicht geringere Unnachgiebigkeit ist das Ergebnis, sondern neue Abenteuer in Richtung auf Südasien, um die reichen Reisüberschußgebiete in Burma, Thailand und Indochina zu erobern?

### 3. Daß wir nicht in der Lage sind, Rotchina anzuerkennen und seine Zulassung in die UNO zu unterstützen, ist ein zweiseitiges Schwert.

Chinas Eintritt in den Krieg in Korea macht es unmöglich für die Vereinigten Staaten, das neue kommunistische Regime

anzuerkennen oder für seine Zulassung zu den Vereinten Nationen zu stimmen. Chinas dauerndes Kriegführen wird es auch unmöglich machen, von dieser Politik abzuweichen.

Unglücklicherweise hat die Tatsache, daß wir uns dauernd in der Sackgasse befinden, dazu geführt, daß China seine Bindung zu Rußland festigte und die Sowjetunion als den einzigen Sprecher für die kommunistische Welt bestätigte.

„Warum glaubt Rußland davon zu profitieren, wenn es das gefühlsgeladene Problem China bei jeder nur erdenklichen Möglichkeit bei UN-Diskussionen zur Sprache bringt?“, sagte einmal ein jugoslawischer Diplomat zu mir, der die Sowjetunion sehr gut kennt. „Ganz offensichtlich, weil es glaubt, daß die Wirkung auf China die Förderung der antiwestlichen Einstellung sein wird. Und warum wirft Rußland diese Frage immer zu einem Zeitpunkt auf, wenn sie gerade zu einer besonders scharfen Ablehnung durch die Vereinigten Staaten Anlaß gibt? Ganz offensichtlich, um Zwietracht unter den westlichen Verbündeten zu säen und um die Welt zu überzeugen, daß Amerika anti-asiatisch eingestellt ist.“

Überall im nichtkommunistischen Asien wird unsere Einstellung kaum verstanden. Wenn wir darauf hinweisen, daß die Quelle der kommunistischen Weltverschwörung der Kreml ist, so pflichten uns die meisten Asiaten bei. Und doch sehen sie, daß wir Rußland anerkennen und mit diesem Lande bei der UNO und bei internationalen Konferenzen verhandeln, während wir uns weigern, dies mit seinem jüngeren Partner, China, zu tun. Wenn also kommunistische Propagandisten behaupten, daß wir uns nur deswegen weigern, die kommunistische Regierung von China als eine vollendete Tatsache anzuerkennen, weil China asiatisch und farbig ist, so akzeptieren viele Millionen nichtkommunistischer Asiaten diese Erklärung.

Für uns Amerikaner, für die die bittere Erinnerung an die chinesische Aggression und die amerikanischen Verlustlisten noch frisch ist, stellt diese Lage ein grausames und kompliziertes Dilemma dar.

### 4. Das chinesisch-russische Verhältnis ist ein Novum in der sowjetischen Welt.

Niemand, der gut informiert ist, kann bezweifeln, daß Mao Tse-tung und seine Genossen überzeugte Kommunisten sind. Sie haben niemals ein Geheimnis daraus gemacht, daß sie an Marx, wie er von Lenin übertragen wurde, glauben. Es ist sogar möglich, daß die chinesischen Kommunisten — noch in dem ersten dynamischen Elan ihrer Revolution — kriegerischer, unverantwortlicher und in gewissem Sinne gefährlicher sind als die Bürokraten der zweiten Generation, die jetzt im Kreml sitzen und an die ausgeklügelten Kalkulationen des kalten Krieges gewöhnt sind.

Aber Mao verdankt Rußland sehr wenig. Es ist nicht nur eine Tatsache, daß Rußland Mao erst in der Endphase seines Kampfes unterstützte, sondern der Kreml hat sich in bezug auf China auch fortgesetzt getäuscht. 1923 hatte Lenins Mission nach China den Auftrag, sich,

der traditionellen marxistischen Doktrin entsprechend, auf die Organisation des städtischen Proletariats zu konzentrieren.

Mao weigerte sich, dieser Politik zu folgen und ging in die Dörfer, wo er seine Macht aufbaute und schließlich siegte. Erst im Januar 1950 gab Moskau zu, daß Maos Politik für China und Asien die richtige gewesen sei.

Schon allein die Größe macht es unwahrscheinlich, China durch ein Auftrumpfen sowjetischer Macht gefügig machen zu können. In Polen, Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Rumänien ist die russische Armee an der Grenze der Kern der kommunistischen Macht. Aber die sowjetischen Armeen wären ebenso verloren in China wie die Napoleons oder Hitlers in Rußland. Wenn Rußland versuchen würde, gewaltsam nach China vorzudringen, so könnte das ein verhängnisvoller Fehler sein.

Die Stärke des chinesischen Nationalismus macht einen Umsturz durch sowjetische Agenten ebenso schwierig. Sachverständige Beobachter, die aus China kommen, stimmen darin überein, daß die Chinesen ebenso überempfindlich gegen ausländischen Druck sind wie andere Asiaten. Russische Hilfe, die nicht dazu beiträgt, China als eine unabhängige, selbständige moderne Macht aufzubauen, wird bei den Chinesen Mißtrauen erwecken. Mit der Zeit könnte sogar die Tatsache, daß sich Rußland zum Sprecher des Weltkommunismus macht, in zunehmendem Maße erbitternd wirken. Niemals wird es für Mao, den „alten Revolutionär“, leicht sein, die Führung Moskaus in der Welt einfach hinzunehmen. Zumindest werden die Chinesen immer mehr auf ihrer Vorrangstellung in der asiatischen Politik und ihrer Herrschaft über die asiatischen kommunistischen Parteien bestehen.

Es wäre gewiß töricht, wenn der Kreml die Einstellung der Chinesen ignorieren würde. Seit Generationen führten die Zaren und später die sowjetischen Führer ihre Außenpolitik ohne Berücksichtigung des ohnmächtigen und geteilten China an der asiatischen Flanke und in ihrem Rücken.

Heute wird allein die Tatsache, daß Rußland mit dem geeinten China die längste gemeinsame Grenze in der Welt hat, die Sowjetunion abgeneigt machen, sich den Haß der Chinesen zuzuziehen.

Ein weiterer, für Rußland unsicherer Faktor ist der unendliche Bedarf der chinesischen Wirtschaft. Die Forderungen Maos könnten ungeheure Ausmaße annehmen und aus dieser Situation Schwierigkeiten erwachsen. Rußland hat China bereits acht Mal soviel an Unterstützung versprochen, als was die Vereinigten Staaten Indien gegeben haben und die Chinesen sagen, dies sei nicht genug. China könnte vielleicht damit anfangen, seinen Handel mit Japan und anderen nichtkommunistischen Ländern zu erweitern, sei es auch nur zu dem Zweck, um seine Verhandlungsposition gegenüber Rußland noch weiter zu verstärken.

So sieht sich die Sowjetunion einer vollkommen neuen und komplizierten Situation gegenüber. Es gibt jetzt zwei Pole innerhalb des kom-

munistischen Bereichs, und Verhandlung und Kompromiß scheinen der einzige Weg zu sein, um die Einigkeit aufrechtzuerhalten. Aber es wäre töricht, zu vergessen, daß sich Mao Stalin freiwillig anschloß und trotz beträchtlichen Zögerns von russischer Seite. Er krönte diesen Entschluß damit, daß er seine militärische Macht entschlossen zugunsten der zusammenbrechenden nordkoreanischen Marionettentruppen im September 1950 einsetzte, um für Stalin die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Sicher wird China nicht zum Westen übertreten, wie dies Jugoslawien 1948 tat. Tito verbündete sich mit den NATO-Nationen, weil er zu schwach war, als unabhängiger Staat zwischen diesen beiden großen Blöcken zu stehen.

Es ist jedoch möglich, daß sich China eines Tages seinen Weg zu einer vermittelnden Position bahnt. Der augenblickliche Stand der Dinge erweckt den Eindruck, daß es ein getreues Mitglied des sowjetischen Blocks bleibt, aber ein unabhängiges Mitglied, das immer die Möglichkeit eines Wechsels im Auge behält.

#### 5. China ist ein Drittel Asiens: die wirkliche Entscheidung liegt im übrigen Teil Asiens.

Selbst wenn China fest bei der sowjetischen Welt bleibt, so kann diese große Macht noch kompensiert werden, wenn Stabilität in dem übrigen Asien erreicht wird. Wenn Japan, Indonesien, Indien und Pakistan insbesondere im Innern stark werden, und wenn ihre Bemühungen, das Los ihrer Völker zu bessern, mit Erfolg gekrönt sind, werden sich die Friedenschancen sichtbar bessern. Schließlich könnte ihr Erfolg einen mächtigen Sog auf die Chinesen selbst ausüben.

Aber wenn diese vier Schlüsselationen versagen, wird das freie Asien zusammenbrechen und das Schwergewicht der Weltmacht sich in verheerender Weise nach Moskau und Peking verlagern — ohne daß ein einziger Schuß fällt. So muß der Hauptprüfstein für unsere Asienpolitik nicht in China liegen, wo unser augenblicklicher Einfluß auf die Ereignisse stark eingeschränkt ist, sondern in dem Teil, der von dem freien Asien übriggeblieben ist.

#### Was wir in dieser Lage tun können

Was für Schlüsse sind aus dieser Analyse zu ziehen, die dazu beitragen können, richtungweisend für unsere eigene Politik zu wirken? Das eine Extrem wäre, daß wir Rotchina gegenüber nachgeben, es sofort anerkennen, seinen Beitritt in die UNO zulassen, ihm einen ständigen Sitz mit Vetorecht im Sicherheitsrat geben, und Formosa seinem Schicksal überlassen.

Wir lehnten diesen Kurs 1950 ab, als Präsident Truman beschloß, Südkorea zu verteidigen und Formosa vor einem Angriff kommunistischer Streitkräfte zu schützen. Durch diese kühne Tat geboten wir der kommunistischen militärischen Expansion Einhalt. Zu einem hohen Preis für die Welt hat Hitler uns gelehrt, daß unehrenhafte „Befriedung“ sich niemals bezahlt macht.

Das andere Extrem wäre, daß wir erklären könnten, wir seien mit nichts geringerem zu-

frieden als mit der vollständigen Zerstörung der Regierung Maos. Dieser Kurs könnte nur durch eine großangelegte, kostspielige Aktion versucht werden, mit der sehr wahrscheinlichen Folge, daß wir dadurch die westliche Alliance zerstören, den größten Teil der Welt gegen uns finden und den dritten Weltkrieg in die Wege leiten.

Zwischen diesen beiden unmöglichen Extremen liegt ein weites Feld für schöpferische Staatskunst.

So wie ich die Tatsachen sehe, sollte unsere Politik China gegenüber fest sein im Widerstand gegen jede weitere Aggression, aber beweglich in ihren Bemühungen, die Tür für eine Lockerung der chinesisch-sowjetischen Alliance zu öffnen. Unsere Politik sollte niemals davon abgehen, um die Freiheit und das Wohlergehen der Chinesen besorgt zu sein. Aber es sollte klar herausgestellt werden, daß wir nicht beabsichtigen, in China Krieg zu führen, um seine augenblickliche Regierung zu stürzen.

Das eigentliche Prinzip, das wir in Korea verteidigten, war, daß die Grenze zwischen der kommunistischen und nichtkommunistischen Welt niemals durch Gewalt verändert werden sollte. Eine klare erneute Erklärung, daß wir an diesem Prinzip festhalten, würde dazu beitragen, unsere Alliierten und Freunde auf der ganzen Welt zu beruhigen.

Unsere Politik muß sich dann auf das weite nichtkommunistische Gebiet konzentrieren, das sich von Tokio bis nach Casablanca erstreckt. Diese Politik sollte bestrebt sein, die freien Nationen dieses Gebietes so stark in ihrem Glauben und ihrer Unabhängigkeit zu machen — und in ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Fähigkeit, diese Unabhängigkeit zu schützen — daß weder eine kommunistische Aggression noch ein erfolgreicher Umsturz wahrscheinlich wäre. Die Geschichte wird sich nicht mit den Unstimmigkeiten zwischen uns und Nehru über die augenblicklichen Weltprobleme befassen, sondern mit der grundlegenden Frage: Blieb die indische Republik als freie Nation am Leben?

Wie könnte so eine allgemeine Politik in die Tat umgesetzt werden? Wie kann die augenblickliche Regierung (mit der Unterstützung der Demokraten) die Initiative in Asien noch rechtzeitig ergreifen und dort die gleiche kühne Phantasie zur Anwendung bringen, die die vorhergehende Regierung (mit Unterstützung der Republikaner) in Europa anwandte?

Eine Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten ungefähr folgenden Inhalts würde konstruktiv wirken:

„Das amerikanische Volk, das mit seiner eigenen Revolution vor 175 Jahren gegen die Kolonialherrschaft kämpfte und siegte, grüßt die Völker des freien Asien, das so lange unter fremder Herrschaft litt, aber jetzt aufrecht und unabhängig dasteht.

Wir wissen, daß die Völker Asiens entschlossen sind, ihr Land zu entwickeln und die moderne Wissenschaft und Technik anzuwenden, so daß jedes Kind eine faire Chance hat, in Gesundheit und Menschenwürde aufzuwachsen.

Unglücklicherweise sind diese Bemühungen durch bewaffnete Konflikte in Korea und Indochina, durch gewaltsame Umsturzkampagnen und Bürgerkriege in anderen Gegenden und durch erbitterte Zwietracht und Propaganda behindert worden.

Die Vereinigten Staaten bedauern diese Lage und geloben alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die augenblickliche Spannung zu beseitigen, so daß Asien neu beginnen kann. Unser Ziel kann ganz einfach folgendermaßen umrissen werden: der Aggression Einhalt zu gebieten und dafür zu sorgen, daß die Asiaten selbst frei und friedlich über ihre Zukunft entscheiden können.

Wir hoffen, daß die kommunistische Regierung in China jetzt bereit ist, mit uns zusammen den Frieden und die Stabilität herzustellen, die das kommunistische Vorgehen so lange verhindert hat. Wenn dies der Fall ist, so schlagen die Vereinigten Staaten folgende Basis für eine gesamtasiatische Regelung vor:

In Korea muß eine Regelung erzielt werden, die das Volk in Nord und Süd vereinigt. Diese Regelung muß ebenfalls alle berechtigten Befürchtungen beseitigen — die in der Sowjetunion und China einerseits und Japan und den Vereinigten Staaten andererseits ihren Ursprung haben — nämlich daß Korea als Ausgangspunkt für einen Angriff in entweder der einen oder der anderen Richtung benutzt wird. Wir glauben, daß unter Aufsicht der Vereinten Nationen Garantien ausgearbeitet werden könnten, die zu der Zurückziehung aller fremden Truppen, der Beseitigung der Kriegsschäden und der Wiederherstellung der Wirtschaft Koreas führen würden.

In Indochina werden wir eine Lösung unterstützen — wieder vorzugsweise unter der Aufsicht der Vereinten Nationen — die die vollständige Unabhängigkeit Vietnams, Kambodschas und Laos' garantiert, und die Menschen dieser neuen Staaten vor Kolonialherrschaft schützt oder vor der Eroberung oder Umsturz von irgend einer anderen Seite her.

Wir schlagen vor, daß in ganz Asien Abkommen getroffen werden, die den asiatischen Nationen Garantien geben gegen die umstürzlerische Tätigkeit jeder ausländischen Macht oder Weltorganisation, und daß alle Nationen sofort mit aller Propaganda aufhören, die darauf abzielt, Haß und Mißtrauen zwischen den Völkern zu säen.

Solche Abkommen können dazu führen, daß Formosa als ein getrenntes, unabhängiges Staatswesen anerkannt wird, mit einem Sitz bei den Vereinten Nationen. Wenn der Friede auf diese Weise hergestellt wäre, würden die Vereinigten Staaten gegen die Zulassung der Peking-Regierung in die Vereinten Nationen kein Veto einlegen, wenn die Mehrheit sich dafür ausspräche. Da der ständige Sitz im Sicherheitsrat von beiden Regierungen beansprucht werden würde, könnte dieser Sitz für unbesetzt erklärt werden. Statt dessen schlagen wir vor, daß eine große asiatische Nation, wie z. B. Indien, einen ständigen Sitz erhält. Wir schlagen ebenfalls vor, daß Japan, Ceylon und Nepal

vollberechtigte Mitglieder der Vereinten Nationen werden.“

### Ein Asien, das von den Asiaten verteidigt wird

Wenn der Präsident ein solches Programm umreißen würde, ist es zweifelhaft, daß die kommunistischen Chinesen in ihrer augenblicklichen Stimmung annehmen würden. Sicher würden die Russen jedes nur mögliche Hindernis in den Weg legen, — denn am wenigsten würde sich Moskau eine Entwicklung wünschen, die auf Stabilität in Asien und irgendeine Art von Übereinkommen zwischen China und dem Westen hinzielt. Ein solcher Vorschlag würde jedoch mehrere klar auf der Hand liegende Vorteile haben.

1. Er würde wahrscheinlich in China zwischen den Gruppen, die vielleicht noch ziemlich mäßig eingestellt sind, und den fanatischeren überzeugten Kommunisten Zwietracht säen.

2. Er würde zu schwierigen Diskussionen zwischen Moskau und Peking führen.

3. Nach einer Ablehnung dieses Vorschlages durch China hätte Mao — allerdings unter der Voraussetzung, daß die Türe zum Westen offenbliebe — immer eine Alternative gegenüber seiner Bindung an Rußland, die sich gelegentlich als lästig erweisen dürfte.

4. Die zwei Drittel Asiens, die noch nicht kommunistisch sind, wären überzeugt, daß sich Amerika vernünftig und ehrlich bemüht hat, Stabilität in Asien zu schaffen und ein Nachlassen der Spannungen herbeizuführen. Ungeachtet der Reaktion des kommunistischen China würde dieser kühne Schritt vorwärts in starkem Maße dazu beitragen, das Vertrauen des freien Asiens in die Vereinigten Staaten wiederherzustellen.

Selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, daß die Chinesen unsere Vorschläge annehmen, wäre es töricht zu glauben, daß solch ein Übereinkommen über Jahre hinaus halten würde, solange die lockenden leeren Gebiete Südasiens ungefüllt bleiben. Um abschreckend gegen einen zukünftigen Angriff oder einen inneren Umsturz in diesem Gebiet zu wirken, könnte der Präsident vorschlagen, daß die freien asiatischen Staaten selbst eine regionale Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der UNO bilden, **a b e r v o l l k o m m e n u n a b h ä n g i g v o n d e n W e s t m ä c h t e n .**

Der Präsident könnte den Ursprung und den Zweck unserer Monroe-Doktrin beschreiben, die sich gegen jedes Eindringen der europäischen Kolonialherrschaft nach Südamerika richtete. Zu der Zeit hatten wir nur eine schwache Flotte und eine Armee von 23 000 Mann, aber die Erklärung selbst hatte bereits abschreckende Wirkung. Wenn die Länder des freien Asien sich zu einer multilateralen eigenen „Monroe-Doktrin“ zusammenschließen würden, gegen Aggression oder Umsturz durch jede fremde Macht, Ost oder West, so sollten die Vereinigten Staaten diese nicht nur respektieren, sondern sie begrüßen.

„Was die Vereinigten Staaten zu erreichen suchen,“ könnte der Präsident sagen, „ist nicht Euren Beifall, nicht Eure Zustimmung, gewiß

nicht Eure Unterwürfigkeit. Wenn es Euch gelingt, unabhängige, standhafte, wohlhabendere Nationen aufzubauen, so wird dies Frieden und Freiheit auf Eurem so wichtigen Teil der Welt verbreiten. Das ist das einzige Ziel des amerikanischen Volkes in Asien.“

Ein wesentlicher Teil dieser vorstehend umrissenen neuen Politik müßte ein Vorschlag für die wirtschaftliche Entwicklung des freien Asien sein. Ausgedehnte sowjetische wirtschaftliche Bemühungen in Asien scheinen durchaus im Bereiche des Möglichen zu liegen. Man hat bereits viel Aufhebens von dem Eintreffen von Tausenden sowjetischer Techniker in China und dem sowjetischen Versprechen, für mehr als eine Milliarde Dollar Ausrüstungsgegenstände zur Industrialisierung Chinas zur Verfügung zu stellen, gemacht.

Was auch immer die Sowjets tun, der Hauptwettbewerb zwischen dem Kommunismus und der Demokratie in Asien wird für viele Jahre auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung liegen, denn das ist die Hauptsorge aller dieser Länder. Wenn der Präsident es will, daß Amerika Hand in Hand mit dem freien Asien geht, so muß er kühn über dieses Thema in der besten amerikanischen Tradition sprechen. Er darf an Asien nicht im Geiste der Wohltätigkeit herantreten, sondern in dem Geist eines Pioniers, der sich an einem großen konstruktiven Unternehmen beteiligt, wofür der Amerikaner besondere Fähigkeiten mitbringt.

„Wir wissen, was Kolonialherrschaft bedeutet, unter der Ihr gelebt habt“, könnte der Präsident hinzufügen. „Seit Generationen sind Eure Reichtümer und Eure Hilfsquellen aus Asien herausgenommen worden, um dazu beizutragen, den Wohlstand Europas und des Westens aufzubauen. Ein Teil dieses Reichtums fand seinen Weg nach Amerika und wurde in unsere Eisenbahnen investiert und zur Entwicklung unseres eigenen Landes verwandt. Einfach um der Gerechtigkeit willen wollen wir jetzt fünf Prozent unseres Militärhaushalts in Form von Anleihen und Zuschüssen, ohne daß damit irgendwelche politische Bindungen verbunden wären, verwenden.“

### Ein Ausweg aus der Sackgasse

Präsident Eisenhower hat bereits die Welt aufhorchen lassen mit seinem Vorschlag, eine Weltbank zur friedlichen Anwendung der Atomenergie zu gründen und mit seinem vorhergehenden Versprechen, daß die Vereinigten Staaten einen großen Teil von dem, was sie an Rüstung sparen, einem Weltprogramm gegen Armut zur Verfügung stellen würden. Aber diese Ideen wären nicht lebensfähig, wenn sie von der Annahme durch die Sowjets abhängig sind. Das letzte, was die Kommunisten erleben wollen, ist, daß sich Amerika für eins dieser beiden Unternehmen einsetzt, die das Ansehen der Demokratie überall so unermeßlich stärken würden. So ist also der Prüfstein für eine neue Politik die Bereitschaft des Präsidenten, vorwärtszugehen, wenn nötig ohne Rußland oder China.

„Unsere Hoffnung besteht darin,“ könnte er sagen, „daß die kommunistischen Regierungen vielleicht den Wunsch haben, an diesen kon-

struktiven Plänen über die Vereinten Nationen teilzunehmen. Aber wir schlagen vor, mit dem wichtigsten Unternehmen in der Welt anzufangen in Zusammenarbeit mit jeder Regierung, die sich uns anschließen will. Vor allen Dingen wollen wir dem freien Asien behilflich sein, eine anständige Zukunft aufzubauen, mit Brot und Freiheit für alle.

Daher fordern wir die freien asiatischen Nationen auf, sich in regionalen Organisationen zur Entwicklung der Wirtschaft zusammenzuschließen, um ihre gemeinsamen Bedürfnisse aufeinander abzustimmen und ihre Hilfsquellen zu koordinieren. Das haben die europäischen Nationen getan und das kann das freie Asien tun, ganz gleichgültig, wer sie darin zu hindern versucht. Zusätzlich zu der amerikanischen Hilfe kann die Atomweltbank, die ich vorgeschlagen habe, die Atomenergie liefern, um den Bedürfnissen und nicht der Furcht der Menschheit zu dienen.“

Wenn der Tag gekommen ist, an dem ich eine solche Rede eines Präsidenten höre — ich hoffe allerdings, in besserer Sprache und mit besseren Vorschlägen, — werde ich mir dessen bewußt sein, daß Amerika endlich auf dem richtigen Wege ist, enge und freundschaftliche Beziehungen mit dem freien Asien zu pflegen und für seinen Teil zur Stärkung des Ansehens der Demokratie auf der ganzen Welt beiträgt. In Asien gibt es keine Fernsehapparate, aber dieses Evangelium der Hoffnung würde sich schnell von Tokio nach Kairo ausbreiten.

Wenn unsere augenblickliche Untätigkeit anhält, kann dies andererseits nur zum Unheil führen. Wenn wir es versäumen, das Punkt-Vier-Programm mutig in Angriff zu nehmen, wenn wir die Entwicklung der Welt bis zur Abrüstung aufschieben, was praktisch bedeutet, daß wir für immer und ewig warten; wenn wir dahinkommen, an Asiaten als „Bauern“ im militärischen Schachspiel zu denken und nicht als an Menschen, die darum kämpfen, ein besseres Leben zu führen; wenn wir unsere Strategie in Asien darauf beschränken, gegen dichtbevölkerte asiatische Städte Vergeltung mit Atomwaffen zu üben; wenn wir befangen bleiben in dem hypnotischen Zauber des kommunistischen China und des Kreml und es versäumen, die ungeheuren Möglichkeiten in dem Teil der Welt zu sehen, der noch frei ist, dann dürfte eine schmerzliche Prophezeiung ihre Berechtigung haben.

Man kann sich nur zu klar zukünftige Untersuchungen des Kongresses ausmalen, geführt von erbitterten, aufgeregten Männern, die eine Antwort auf die Frage suchen: „Wer verlor Südasien?“ Da wir aus der Lektion über China unsere Lehren ziehen können, wird es kaum eine Entschuldigung für solche Fehler geben und die Baumeister einer unzulänglichen Politik, so ehrlich und gut ihre Absichten auch gewesen sein mögen, werden nicht so ohne weiteres davonkommen.

Aber an dieser Untersuchung werden Amerika und die Welt sehr wenig Interesse haben, denn die alte grausige Geschichte des „Zu wenig und zu spät“ wird dann ihren letzten tragischen Abschnitt erreicht haben.

WOLFGANG FRANKE

# Zur anti-imperialistischen Bewegung in China

Mit Genehmigung des Verlages KARL ALBER, Freiburg—München, veröffentlichen wir aus der Zeitschrift SAECULUM Bd. 5, Jahrgang 1954, Heft 4, den folgenden Artikel von Wolfgang Franke:

Seit dem Beginn der kommunistischen Herrschaft im Jahre 1949 zeigt das offizielle China eine außerordentlich fremdenfeindliche Haltung. Ausländer werden, oft ohne ersichtlichen Anlaß, schikaniert oder gar mißhandelt; die meisten werden ausgewiesen, häufig unter Konfiszierung ihres gesamten Besitzes. Die Verhältnisse in anderen kommunistisch beherrschten Ländern können diese Erscheinung nur zum Teil erklären. Es ist bemerkenswert, daß diese Diskriminierung in erster Linie die Angehörigen der abendländischen Nationen trifft und nur in geringerem Grade oder auch gar nicht die der asiatischen Völker. Dank der internationalen Konstellation sehen sich die Chinesen heute in der Lage, für die seit rund hundert Jahren vom Abendlande erlittenen Demütigungen Rache zu üben und die seit dieser Zeit aufgelaufene Rechnung mit den westlichen Mächten zu begleichen.

Grundlage der chinesisch-abendländischen Beziehungen während der letzten hundert Jahre waren die sogenannten „ungleichen Verträge“<sup>1)</sup> die dem Fremden politisch, wirtschaftlich, rechtlich, sozial und kulturell eine bevorrechtigte Stellung in China sicherten und umgekehrt den Chinesen im eigenen Lande oft genug einer diskriminierenden Behandlung durch die Fremden aussetzten. Die politisch-wirtschaftliche Entwicklung des abendländischen Einflusses in China ist viel behandelt worden<sup>2)</sup>, und auch über das kulturelle Eindringen des Abendlandes, in erster Linie durch die christlichen Missionen, liegen manche Untersuchungen vor, die freilich meist vom Standpunkt der letzteren aus ge-

<sup>1)</sup> Der Ausdruck „ungleiche Verträge“ (chines. pu p'ing-t'ing t'iao-yüeh) für die einseitigen, von den fremden Mächten seit 1842 bis zum 20. Jahrhundert China aufgezwungenen Verträge stammt erst aus der Regierungszeit der Kuomintang vom Ende der zwanziger Jahre. Vgl. Tōyō rekishi daijiten VII (Tokyo 1937—39) S. 425/26.

<sup>2)</sup> Die ausführlichste und dabei um Unparteilichkeit bemühte Gesamtdarstellung der chinesisch-abendländischen Beziehungen von 1834—1911 ist das große Werk von H. B. Morse, *The International Relations of the Chinese Empire*, 3 Bde. (Shanghai 1910—1918). Es hat bei dem folgenden Überblick als Grundlage gedient. — Gleichfalls sehr ausführlich, insbesondere für die Beziehungen zwischen Frankreich und China, aber weniger unparteiisch vom ausgesprochenen französischen Standpunkt aus geschrieben ist das Werk von H. Cordier, *Histoire des relations de la Chine avec les puissances occidentales 1860—1902*, 3 Bde. (Paris 1901—1902). Die spätere Zeit behandelt, mit besonderer Berücksichtigung der Verknüpfung der Ostasien-Politik mit der in Europa. Otto Franke in seinem Buch: *Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914* (Hamburg 1923). Darüber hinaus liegen zahlreiche Einzelstudien über bestimmte Epochen und besondere Fragen vor.

schrieben sind.<sup>3)</sup> Diese Vorgänge müssen zum Verständnis des Zusammenhangs hier noch einmal kurz in ihren Grundzügen wiederholt werden. Weniger beachtet worden ist die psychologische Wirkung der Sonderstellung der Ausländer auf die Chinesen, die hier im dritten Abschnitt behandelt wird<sup>3a)</sup>. Dieser psychologische Faktor ist weniger klar greifbar als die Texte von Verträgen und die chinesischen Proteste dagegen. Er kann nur durch praktische Erfahrung im Lande, verbunden mit der Lektüre chinesischer Tageszeitungen, Zeitschriften, Essays usw. erfaßt werden, und auch nur von dem, der sich nicht in erster Linie unter den Fremden der

Hafenstädte, sondern vor allem in rein chinesischer Umwelt bewegt hat. Im folgenden wird versucht, Materialien zum Verständnis der chinesischen Haltung zusammenzutragen und daraus einzelne Gesichtspunkte herauszuarbeiten. Der Verfasser ist dabei bestrebt, die Dinge weitgehend so darzustellen, wie der Chinese sie sieht. Er ist sich bewußt, daß bei diesem Versuch bestenfalls ein vorläufiges Ergebnis erreicht werden kann. Bevor hierzu Endgültiges zu sagen ist, sind noch viele ins einzelne gehende wie auch zusammenfassende Studien erforderlich.

## 1. Die ungleichen Verträge

Die Beziehungen zwischen den westlichen Mächten und China standen von Anfang an unter einem unglücklichen Vorzeichen. Unkenntnis der geistigen und kulturellen Voraussetzungen des anderen und infolgedessen gegenseitige Verständnislosigkeit waren charakteristische Merkmale dieser Beziehungen bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wie sie es noch weithin heute sind, und haben dabei ihre verhängnisvolle Rolle gespielt. Die westlichen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts trafen in ihrem machtvollen Ausdehnungsdrang auf den chinesischen Universalstaat. China, das Reich der Mitte, sah sich als das Zentrum der Welt, als der Mittelpunkt aller Kultur und Zivilisation; ja es war schlechthin die Welt. Diese bereits in ältester Zeit aus naiver Naturbetrachtung entstandene Auffassung konnte sich auf Grund von Chinas geopolitischer Lage folgerichtig weiterentwickeln. Da die an China angrenzenden Gebirgs- und Steppenvölker kulturell weit hinter dem Reich der Mitte zurückstanden, ist die Entwick-

<sup>3)</sup> Die eingehendste umfassende Darstellung dieser Art ist das Werk von K. S. Latourette, *A History of Christian Missions in China* (New York 1929). Der Verfasser ist um ein kritisches und unparteiisches Urteil bemüht, kann sich jedoch nicht immer völlig vom Standpunkt der amerikanischen, protestantischen Mission freimachen. Sein Werk enthält eine sehr wertvolle, ausführliche Bibliographie.

<sup>3a)</sup> Mit der psychologischen Wirkung der westlichen Kultur auf den Osten im universalhistorischen Zusammenhange befaßt sich A. J. Toynbee in seiner Schrift: *The World and the West* (Oxford 1953), deutsch: *Die Welt und der Westen* (Stuttgart 1953). Ein Abschnitt darin hat den Fernen Osten zum Gegenstand. Toynbee sieht von der hohen Warte des Universalhistorikers, während der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes versucht, vom chinesischen Standpunkt auszugehen.

lung dieses universalistischen Gedankens erklärlich. Die Berührung mit den großen zentral- und westasiatischen Kulturvölkern hat zwar die chinesische Kultur aufs stärkste beeinflusst, aber das universalistische Weltbild hat sie nicht zu ändern vermocht. Wiederholt sind im Laufe der Geschichte einzelne Teile oder sogar das gesamte Reich von den Mongolen und anderen Steppenvölkern überrannt und zeitweilig beherrscht worden, aber geistig wurden diese alle schließlich von China überwunden und völkisch zum großen Teile absorbiert. So schien eine zweitausendjährige historische Entwicklung das universalistische Weltbild Chinas bestätigt zu haben. Als dann im 19. Jahrhundert China mit den Staaten des Abendlandes in Berührung kam, meinte man anfangs, es handele sich — wie schon so oft in der Vergangenheit — wieder um eine neue *species* halbzivilisierter Barbaren von roher Naturkraft, die Reichtum und Wohlstand des Mittelreiches anlockten. Daß China von solchen Barbaren vorübergehend in militärische Bedrängnis gesetzt wurde, war nichts Neues. Das Ergebnis war aber stets gewesen, daß die gleichen Barbaren allmählich der kulturellen Überlegenheit des Chinesentums Rechnung tragen mußten und sich schließlich willig in den chinesischen Universalismus einfügten. Der chinesischen Staatsauffassung entsprechend war es unmöglich, daß ein fremder Staat gleichberechtigt mit China, ein fremder Souverän dem chinesischen Kaiser, dem Sohn des Himmels, ebenbürtig sein sollte. Die europäischen Staaten hingegen sahen in dem chinesischen Anspruch auf Weltherrschaft eine untragbare Anmaßung, einen politischen Größenwahn, gegen den nur die Macht der Waffen helfen könnte. Ausdehnungsbedürf-

nis des Handels und nationale Ehre erforderten das gewaltsame Durchsetzen des Anspruches auf Gleichberechtigung innerhalb eines nach abendländischen Grundsätzen geprägten Völkerrechts. Die Chinesen hielten an ihrer traditionellen Auffassung fest, nach der man Fremden unter von China festgesetzten Bedingungen erlauben konnte, an bestimmten Plätzen in beschränktem Ausmaße Handel zu treiben. Die Anerkennung eines Rechtes der Fremden hierzu oder gar die Gleichberechtigung war mit chinesischem Denken unvereinbar<sup>4)</sup>. Zu diesem grundlegenden weltanschaulichen Unterschied kamen weitgehende Differenzen der Rechtsauffassung<sup>5)</sup>, die sich in Politik, Wirtschaft und Justiz auswirkten und eine harmonische Zusammenarbeit auf diesen Gebieten oft unmöglich machten. Für die aus diesen verschiedenen historischen Voraussetzungen sich ergebenden wechselseitigen Mißverständnisse kann weder der einen noch der anderen Seite eine grundsätzliche Schuld zugeschrieben werden, wenn auch auf beiden Seiten, zumal auf der abendländischen, einzelne Persönlichkeiten durch Selbstherrlichkeit, Anmaßung und Nicht-verstehen-Wollen, oft von der Gier nach Macht und wirtschaftlichem Profit getrieben, die bestehenden Gegensätze noch unnötig verschärften.

Der erste entscheidende bewaffnete chinesisch-westliche Konflikt war der sogenannte Opiumkrieg zwischen England und China, 1840–1842, wobei die Überlegenheit der westlichen Bewaffnung und Kampfweise klar zutage trat. Der den Krieg beschließende Friede von Nanking war dann auch der erste, grundlegende der „ungleichen Verträge“ und leitete die in den nächsten Jahrzehnten folgenden, immer schmählicheren Demütigungen Chinas ein<sup>5a)</sup>. Dem engli-

schon Vertrag schlossen sich in den folgenden Jahren Verträge mit den USA, Frankreich, Belgien, Schweden, Norwegen und Portugal, später auch mit Rußland und Preußen an. Von chinesischer Seite zeigte man sich sehr lau in der Erfüllung der unter Zwang gemachten Zugeständnisse und hoffte nach wie vor, sich eines Tages der Fremden entledigen zu können. Die zusehends offenkundiger zutage tretende militärische Schwäche Chinas gegenüber den westlichen Mächten reizte diese zu immer aggressiverem Vorgehen. Weitere Zusammenstöße blieben nicht aus. England und Frankreich benutzten – vielleicht absichtlich provozierte – wenig bedeutende Zwischenfälle zu neuen militärischen Interventionen, um weitere Vorteile und Gewinne zu erlangen. Im Vertrag von Tientsin 1858 mußte auf Grund einer militärischen Expedition Englands und Frankreichs China neue Zugeständnisse machen. Zwei Jahre später drangen englisch-französische Truppen bis nach Peking vor. Die Plünderung und totale Zerstörung des großen kaiserlichen Palastes außerhalb Pekings (Yüan-mingyüan) zählt zu ihren besonderen Ruhmestaten. Hatten bis in die sechziger Jahre hinein die Ziele der fremden Mächte vorwiegend in einer gewinnbringenden Ausdehnung ihres Handels bestanden, so strebten diese in der Folgezeit nach machtpolitischen Stützpunkten und unerschlossenen Gebieten zur wirtschaftlichen Ausbeutung; sie wollten ihr Kolonialreich erweitern. Zu den westlichen Großmächten gesellte sich das politisch und wirtschaftlich schnell erstarkte Japan. In den siebziger Jahren besetzten die Rus-

the contrary, part of still another barbarian conquest? Or is it really an unstable mixture of the two? These are the imponderables of present day policy. They can be assessed only against the background of history" (S. 3). Fairbank gibt eine Fülle von Beispielen für die grundlegend verschiedenen Auffassungen Chinas und des Westens sowie der daraus sich ergebenden Mißverständnisse und Schwierigkeiten. Dabei bemüht er sich um einen objektiven Standpunkt und sucht beiden Seiten gerecht zu werden. Fairbank zeigt unter anderem, wie sich bereits in dem von ihm behandelten Zeitraum (1842–1854) die bevorrechtigte Sonderstellung der Ausländer in China abzuzeichnen begann und wie die Chinesen darauf reagierten. Auch für die früh beginnende, so unheilvolle Verknüpfung von christlicher Mission und Opiumhandel gibt Fairbank ein gutes Beispiel: 1833 fuhr ein Schiff von Jardine, Matheson and Co. in die Gegend nördlich von Amoy mit dem bekannten Missionar Dr. Karl Gützlaff als Dolmetscher an Bord. „The latter distributed religious tracts one side of the vessel while opium went over the other“ (S. 70). Ein weiteres, kürzlich erschienen Buch *Response to the West*, 2 Bde. (Cambridge 1954) – es liegt hier leider noch nicht vor –, dürfte gleichfalls noch für unser Thema interessantes Material enthalten.

Ein gutes Beispiel für die chinesische Reaktion auf das Vorgehen der Fremden in China sind die zuerst 1903 und dann erneut 1925 in New York erschienenen „Letters from a Chinese official, being an eastern view of western civilisation“, vor allem das letzte Kapitel (VIII).

In dem Buche: *Asia and Western Dominance* (London 1953; deutsche Übersetzung: *Asien und die Herrschaft des Westens* [Steinberg-Verlag, Zürich 1954], des Inders K. M. Panikkar nimmt China einen erheblichen Teil ein. Der Verfasser behandelt hier vom asiatischen Standpunkt aus die Ausbreitung des westlichen Imperialismus auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie die chinesische Reaktion darauf. Auch die christlichen Missionen und ihre Bedeutung werden eingehend gewürdigt. Die Ausführungen Panikkars bringen manches weitere Material zu unserem Thema und berühren sich vielfach mit den im obigen Aufsatz vorgebrachten Gesichtspunkten. – Leider konnten die Bücher von Fairbank und Panikkar erst nach Fertigstellung des Aufsatzes eingesehen und nicht mehr eingearbeitet werden. Eine ausführliche Besprechung des ersteren wird in Bd. 105 (1955) der Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft erscheinen.

sen das Ili-Gebiet, 1880 die Japaner die Liukiu-Inseln; 1885 erzwang Frankreich die Abtretung von Annam, 1886 England die von Burma. Die Folge eines verlorenen Krieges Chinas gegen Japan 1894/95 war die Abtretung von Formosa und den Pescadores-Inseln an Japan sowie die Unabhängigkeitserklärung Koreas, der schrittweise schließlich die Annexion durch Japan folgte. 1897 besetzte Deutschland unter einem nichtigen Vorwand Tsingtao und die Kiaochou-Bucht, im folgenden Jahr Rußland Port Arthur und Dairen, Frankreich Kuangchouwan und England Weihaiwei. Die Erlangung weitgehender wirtschaftlicher Konzessionen für Bergbau, Eisenbahnbau usw. in allen Teilen Chinas war vorangegangen, und einzelne Mächte hatten sich überdies vertragliche Versicherungen über „die Nichtabtretung an andere Mächte“ hinsichtlich großer Gebiete Chinas geben lassen, was soviel besagte, daß dieses Gebiet ausschließliche Einflußsphäre der betreffenden Macht sein sollte und für eine eventuelle spätere Annexion als Kolonie ins Auge genommen war. So schien China zu Ende des 19. Jahrhunderts einer Aufteilung durch die fremden Mächte nach dem Vorbild Afrikas nahe zu sein, die lediglich Neid und Mißgunst der Mächte untereinander verhinderten. Der sogenannte Boxeraufstand im Jahre 1900 war der letzte Versuch des alten China, die fremden Eindringlinge gewaltsam zurückzuweisen. Er mußte mit neuen Demütigungen bezahlt werden. Infolge der ungeheuren Erschütterung des chinesischen Staatswesens durch die Einbuße an Autorität gegenüber den fremden Mächten sowie auch infolge der beginnenden wirtschaftlich-sozialen Umwälzungen und durch den Einfluß neuer, aus dem Westen importierter Ideen schwoll seit Beginn des 20. Jahrhunderts die revolutionäre Bewegung immer mächtiger an und begrub in der Revolution von 1911 den traditionellen konfuzianischen Staat unter sich. Der erste Weltkrieg setzte dem weiteren aktiven Vorgehen der Mächte in China ein Ende; sie mühten sich – zunächst noch mit Erfolg –, das Erworbene zu halten und China die faktische Gleichberechtigung zu versagen. Erst der zweite Weltkrieg und seine Folgen setzten der bevorrechtigten Stellung der abendländischen Mächte in China endgültig ein Ende.

Es sind im wesentlichen vier Punkte in den „ungleichen Verträgen“, die Chinas Souveränität am stärksten einschränkten:

1. Die Exterritorialität der Fremden in China verbunden mit der Konsulargerichtsbarkeit. Auf Grund der westlichen Auffassung von der Territorialität des Rechts zögerten die Engländer nach dem Opium-Kriege zunächst, eine solche, nach westlichen Begriffen äußerst schwerwiegende Forderung an China zu stellen. Sie wurde aber von China ohne Bedenken gewährt. Dort überwog die Auffassung von der Personalität des Rechts, und man hatte bereits tausend Jahre früher in China Handel treibenden „Barbaren“ ohne weiteres zugestanden, ihre Rechtsfälle selbst nach ihrem eigenen Recht zu entscheiden<sup>6)</sup>. Erst später, als sich auch in China die

<sup>6)</sup> Vgl. O. Franke, Zur Geschichte der Exterritorialität in China, in: *Sitzungsber. Preuß. Ak. d. Wiss., Phil.-hist. Kl.* (Berlin 1935) insbesondere S. 53–55. Ferner Chiang T'ing-fu, *Chung-kuo yü chin-tai shih-chieh ti ta pien-chü* (ed. Tsinghua University 1934) S. 37.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu Otto Franke, Der chinesische Staatsgedanke und seine Bedeutung für die abendländisch-chinesischen Beziehungen, in: *Ostasiatische Neubildungen* (Hamburg 1911) S. 1–19. Charakteristisch für den chinesischen Standpunkt ist folgender Vorfall: Im Jahre 1839 zu Beginn des Opium-Konfliktes war in einem Schreiben der Engländer an den chinesischen Generalgouverneur in Kanton von „the maintenance of the peace between the two countries (i. e. China and England)“ die Rede. In der Antwort des Generalgouverneurs vom 25. 3. 1839 finden sich die folgenden Sätze: „... In regard to the style of the address, there is much that cannot be understood. Thus, for instance, the words 'the two countries', I know not the meaning of. While our Celestial Court has in humble submission to it ten thousand (i. e. all) regions, and the heaven-like goodness of the great Emperor overshadows all, the nation aforesaid and the Americans have, by their trade at Canton during many years, enjoyed, of all those in subjection, the largest measure of favors. And I presume, it must be England and America, that are conjointly named 'the two countries'. But the meaning of the language is greatly wanting perspicuity.“ Vgl. *Correspondence relating to China*, in: *Blue Books* 36 (1840) S. 369 (Übersetzung von J. Rob. Morrison).

<sup>5)</sup> Die Frage wäre einer eingehenden Untersuchung wert, die bisher noch nicht angestellt ist. Ein Hinweis findet sich z. B. bei Staunton, *Penal Code of China* (London 1810) S. 515 ff.

<sup>5a)</sup> Dieses erste Stadium der großen Auseinandersetzung Chinas mit dem Westen ist eingehend und gründlich auf Grund chinesischer und abendländischer Quellen behandelt von John K. Fairbank, *Trade and Diplomacy on the China Coast. The Opening of the Treaty Ports 1842 bis 1854*, 2 Bde. (Cambridge, Mass. 1953). Hier ist vieles im Zusammenhang mit unserem Thema wichtige Material enthalten, das als Ergänzung zu den obigen Ausführungen dienen kann. Die chinesische Reaktion auf den Westen ist eine grundlegende Frage von Fairbanks Arbeit: „Should we view the present rejection of the West as an anti-foreign resurgence among the Chinese people? Is it, on

Anschauungen wandelten, wurde die Exterritorialität als schwerwiegender Eingriff in die eigene Souveränität empfunden.

2. Beschränkung der Zollhoheit. Die Ein- und Ausfuhrzölle waren seit 1858 einheitlich auf einen bestimmten Prozentsatz für alle Waren festgelegt. Die Verwaltung des Seezolls lag seit 1854 in fremden Händen. Ferner durften für einmal verzollte fremde Waren — im Gegensatz zu den einheimischen — keine weiteren Abgaben im Inland erhoben werden. Diese Bestimmung

bedeutete eine weitgehende wirtschaftliche Knebelung Chinas und verhinderte den anfangs nur mit gewissen Schutzzöllen möglichen Aufbau einer einheimischen Industrie<sup>7)</sup>.

3. Fremde Niederlassungen und Pachtgebiete. Die fremden Niederlassungen in zahlreichen Hafenstädten standen — wenn auch *de iure* chinesisches Gebiet — unter rein fremder Verwaltung und fremder Polizeigewalt<sup>8)</sup>. Außerdem waren die Mächte berechtigt, dort wie zum Schutz ihrer Gesandtschaften in Peking Truppen zu

stationieren. Die Pachtgebiete waren von China an die Fremden meist auf 99 Jahre abgetreten.

4. Die Freiheit der fremden Schifffahrt in den chinesischen Binnen- und Hoheitsgewässern.

Hinzu kam die berüchtigte, in die meisten Verträge aufgenommene sogenannte Meistbegünstigungsklausel. Sie besagte, daß alle Rechte, die China jemals anderen Nationen gewähren würde, automatisch auch dem Vertragspartner zuteil werden sollten.

## 2 Die christlichen Missionen in China

Eine besondere Bedeutung kommt der sogenannten „kulturellen Invasion“ des Abendlandes in China zu, deren Exponent in erster Linie die christlichen Missionare waren. Römisch-katholische Missionare waren bereits Ende des 13. Jahrhunderts nach China gekommen<sup>9)</sup> und dann in größerer Anzahl wieder seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert<sup>10)</sup>. Es handelte sich hier jedoch stets um Einzelpersonlichkeiten, hinter denen keine reale politische Macht stand. Der Erfolg ihrer Tätigkeit hing lediglich von ihrer persönlichen Fähigkeit ab. Solange sie nicht mit der traditionellen chinesischen Staatsauffassung und Morallehre in Konflikt kamen, wurden sie von den religiös meist toleranten Herrschern im Lande geduldet. Wahrten sie jedoch nicht diese Grenzen, hatten sie sich die chinesische Gastfreundschaft bald verscherzt<sup>11)</sup>. Der Vertrag von Nanking sah noch keinerlei Bestimmungen über Missionare und ihre Tätigkeit vor. Aber bereits 1844 und 1846 erwirkten die Franzosen eine kaiserliche Verordnung zur Duldung der christlichen Religion in ganz China<sup>12)</sup>; allerdings war auch hier den Ausländern noch ausdrücklich das Betreten des Gebietes außerhalb der Vertragshäfen zu Missionszwecken verboten<sup>13)</sup>. Mit diesem ersten offiziellen Eingreifen begann Frankreich seine Rolle als die erste Schutzmacht der christlichen, insbesondere der römisch-katholischen Mission auch in China zu spielen<sup>14)</sup>. Oft hat es in der Folgezeit mit allen staatlichen Machtmitteln den Schutz der christlichen Religion und der Missionare bewirkt und ist dabei auch vor bewaffneten Interventionen nicht zurückgeschreckt. Andere Regierungen folgten zuweilen dem Beispiel Frankreichs. Ohne sich wohl dessen bewußt zu sein, haben die Mächte durch diese Verquickung von Staatsmacht und Religion dem Christentum in China einen schlechten Dienst erwiesen. Die unvermeidliche Folge war, daß die Chinesen das Christentum nicht in erster Linie als eine religiöse Lehre werteten, sondern als ein den politischen Interessen der

abendländischen Mächte dienendes Werkzeug. Entgegen den Bestimmungen der kaiserlichen Verordnungen von 1844 und 1846 drangen nicht wenige fremde Missionare ins Innere des Landes vor. 1856 wurde dabei in dem durch den Taiping-Aufstand sehr unruhigen Gebiet der Provinz Kuangsi ein französischer Pater von der chinesischen Lokalbehörde ergriffen und getötet<sup>15)</sup>. Dieser Vorfall bildete einen der Anlässe zu der erwähnten militärischen Intervention Englands und Frankreichs, deren Ergebnis der Vertrag von Tientsin war<sup>16)</sup>. Der englische, französische, amerikanische und russische Vertrag enthielten sämtlich Bestimmungen, die die ungehinderte Ausübung und Verbreitung der christlichen Lehre in ganz China ausdrücklich erlaubten<sup>17)</sup>. Dabei erwies es sich als besonders folgenschwer, daß nicht nur die ausländischen Missionare, sondern auch die unbehinderte Ausübung der Religion durch einheimische Christen unter den Schutz der Verträge gestellt wurde, für deren Befolgung die fremden Mächte Sorge trugen. Dies war ein schwerer Eingriff in die chinesische Souveränität und führte dazu, daß für irgendein Vergehen in einen Prozeß verwickelte chinesische Christen sich häufig auf Verfolgung wegen ihrer christlichen Religion beriefen und sich an die betreffenden Missionare um Hilfe wandten. Diese zeigten sich meist nur allzu bereitwillig, Gesandtschaft oder Konsulat ihres Landes zum Eingreifen zugunsten des betreffenden Chinesen auf Grund der Verträge von 1858 zu ersuchen. Oft kam es soweit, daß Chinesen, die sich strafbar gemacht hatten, formal Christen wurden, um sich unter den Schutz der Fremden stellen zu können. Dieser Mißbrauch der christlichen Lehre verschaffte den Missionaren zwar vielfach eine außerordentlich einflußreiche Stel-

lung in ihrer Residenz<sup>18)</sup>; er war aber auch Anlaß zu Haß und Verachtung für die christliche Lehre und ihre Vertreter, die sich in China immer mehr ausbreiteten, und führte zu vielen blutigen Ausschreitungen gegen sie<sup>19)</sup>.

Bei der Pekingener Konvention von 1860 wurde nachträglich in den französischen Vertrag eine Klausel eingeschmuggelt, die den französischen katholischen Missionaren das Recht zuerkannte, „in allen Provinzen Land zu pachten und zu kaufen, um beliebig Gebäude darauf zu errichten“. Diese Klausel hatte zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Mission und den ihre Interessen wahrnehmenden amtlichen französischen Vertretungen einerseits und den chinesischen Behörden andererseits zur Folge, wobei schließlich die Chinesen dem Druck der Macht weichen mußten<sup>20)</sup>. So haftete für die Chinesen der Verbreitung des Christentums in China nicht allein der Makel der Verbindung mit der politischen Kolonialmacht der westlichen Großmächte, sondern auch noch der des Betruges an. Wenn durch die Klausel des französischen Vertrages die protestantischen Missionen nicht ausdrücklich betroffen waren, so konnten doch auch sie sich in zunehmendem Maße im Inland festsetzen. Offiziell zugestanden wurde den protestantischen Missionen das Recht zum Ankauf von Land außerhalb der Vertragshäfen erst im amerikanisch-chinesischen Handelsvertrag von 1903<sup>21)</sup>.

Waren schon die durch die „ungleichen Verträge“ erworbenen Vorrechte der ausländischen Missionare eine starke Belastung für das Ansehen der christlichen Lehre in China, so wurde diese noch wesentlich verstärkt durch das ungeschickte Verhalten eines großen Teiles der

<sup>7)</sup> Zur Frage der Zollautonomie vgl. S. F. Wright, *China's Struggle for Tariff Autonomy: 1843—1938* (Shanghai 1938). — Zur Entstehung und Organisation des Seezolls vgl. H. Cordier, *Les douanes impériales maritimes chinoises*, in: *T'oung Pao Sér. 2, 3* (1902) S. 222—240.

<sup>8)</sup> Vgl. z. B. Wilhelm Wagner, *Aufenthalt und Niederlassung Fremder in China* (Berlin 1918).

<sup>15)</sup> Ebd., S. 480 ff.

<sup>16)</sup> Die Artikel 1 und 2 der Zusatzbestimmungen zum französischen Vertrag beziehen sich auf den Vorfall. Vgl. *Treaties, Conventions etc. between China and Foreign States*, Ed. Chinese Maritime Customs 1, 2. Aufl. (Shanghai 1917) S. 836.

<sup>17)</sup> Artikel 8 bzw. 13 bzw. 29 bzw. 8 der betreffenden Verträge. Vgl. *Treaties, Conventions, op. cit.* Anm. 16, S. 407, 726, 821, 89; Morse, *op. cit.* Anm. 2, S. 565 f.

<sup>18)</sup> Vgl. Latourette, *op. cit.* Anm. 3, S. 279—281, 305—313, 421—423. In manchen Gebieten, zumal bei den Aborigines Südwest-Chinas hat sich diese besondere Stellung des Missionars als eine Art Richter bis in die jüngste Zeit erhalten. Vgl. H. Stübel und I. de Beauclair, *Ein Dorf der Ta-hua Miao in Yunnan*, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Natur und Völkerkunde Ostasiens 37* (Hamburg 1954) S. 32, 33, 39, 41, 48 und 49.

<sup>19)</sup> Latourette, *op. cit.* Anm. 3, S. 346—356, 466 bis 476.

<sup>20)</sup> Die Klausel findet sich lediglich im chinesischen, nicht aber im französischen Text der Convention. Vgl. *Treaties, Conventions, op. cit.* Anm. 16, S. 888; Morse, *op. cit.* Anm. 2, S. 615 f. Die Frage ist eingehend behandelt, allerdings stark tendenziös vom französisch-katholischen Standpunkt der damaligen Zeit aus, bei Gaillard, *Nankin port ouvert*, in: *Variétés Sinologiques 18* (Shanghai 1901) 162—172.

<sup>21)</sup> Artikel 14. Vgl. *Treaties, Conventions, op. cit.* Anm. 16, S. 755.

<sup>9)</sup> Vgl. A. C. Moule, *Christians in China before the Year 1550* (London 1930) S. 166 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. H. Cordier, *op. cit.* Anm. 2, Bd. 1, S. 51 ff.

<sup>11)</sup> Das geschah in dem sog. Ritenstreit, dessen Ergebnis die Verfolgung und Vertreibung der christlichen Missionare ab 1724 war. Vgl. Latourette, *op. cit.* Anm. 3, S. 131 ff.

<sup>12)</sup> Morse, *op. cit.* Anm. 2, Bd. 1, S. 331 f.

<sup>13)</sup> Ebd., S. 691 f.

<sup>14)</sup> Ebd., S. 331 und 615.

katholischen wie protestantischen Missionare, von einer geringen Zahl rühmlicher Ausnahmen abgesehen. Im Gegensatz zu den Jesuiten-Missionaren des 17. und 18. Jahrhunderts, die tiefes Verständnis auf aufrichtige Hochachtung zeigten für die der abendländischen in vielem überlegene chinesische Kultur<sup>22)</sup>, sahen die Missionare des 19. Jahrhunderts in unchristlichem Dünkel nur zu gern herab auf die Chinesen als auf kulturlose Heiden oder stellten sie gar auf eine Stufe mit den Negern Afrikas. Die Schriften vieler Missionare aus dem 19. und auch noch aus dem 20. Jahrhundert sind charakterisiert durch eine verständnislose, tendenziöse und gehässige Verurteilung der Chinesen und ihrer Kultur<sup>23)</sup>. Praktisch wirkte sich diese Haltung dahin aus, daß der zum Christentum bekehrte Chinese weitgehend mit überlieferten Sitten und Gebräuchen, d. h. mit seiner bisherigen Umwelt brechen mußte<sup>24)</sup>. Er wurde dem eigenen Volk und der eigenen Kultur entfremdet. Es ist daher verständlich, daß die chinesischen Christen von ihrer Umwelt bereits als halbe Ausländer betrachtet wurden, zumal sie ja auch tatsächlich unter ausländischem Schutze standen<sup>25)</sup>. Die christlichen Missionen bildeten mit ihrem Anhang gewissermaßen einen Staat im Staate. Daß sich daraus ständige Reibungen zwischen Missionen und den einheimischen Behörden sowie der Bevölkerung ergaben, war eine natürliche Folge. Einem in seiner Einstellung durchaus gemäßigten, führenden chinesischen Beamten wird ein bezeichnender Ausspruch nachgesagt, den er 1869 zum englischen Gesandten getan haben soll: „Nehmt euer Opium und eure Missionare fort, und ihr werdet uns willkommen sein.“<sup>26)</sup> Opiumhandel und Missionen standen in gleicher Weise unter dem Schutz der Fremden und über dem einheimischen Gesetz. Nach dem sogenannten Blutbade von Tientsin im Jahr 1870, das bei Streitigkeiten um ein katholisches Waisenhaus achtzehn Franzosen — darunter zehn Nonnen und dem französischen Konsul — den Tod brachte<sup>27)</sup>, richtete die chinesische Regierung eine Denkschrift an die Vertreter der fremden Mächte, in der sie Vorschläge zur Vorbeugung gegen ähnliche Vorfälle durch eine schärfere Kontrolle der Aktivität der Missionen machte. Die Anregungen fanden jedoch kein Verständnis bei den Regierungen der be-

treffenden Mächte<sup>28)</sup>. Schon früh wurden aber unter den Missionen selbst, zumal unter den protestantischen, Stimmen laut, die auf das Kompromittierende in der Verbindung der Mission mit den kolonialpolitischen Interessen der Mächte in China hinwiesen und sich für die Loslösung der Mission vom Schutze der mit Gewalt erzwungenen Verträge aussprachen. Diese Stimmen blieben jedoch vereinzelt und ohne Wirkung auf die Politik der Missionen<sup>29)</sup>.

Mit dem immer aktiver werdenden Vorgehen der Mächte in den neunziger Jahren ging ein verstärktes Vordringen der Missionen Hand in Hand. Die überwiegend aus Deutschen bestehende katholische Mission in der Provinz Shantung hatte sich von der traditionellen französischen Protektion der katholischen Mission gelöst und unterstellte sich 1890 dem Schutz des Deutschen Reiches, das die Ausbreitung der Mission energisch förderte. Die Ermordung zweier deutscher Missionare in Shantung im Jahre 1897 gab der deutschen Regierung den äußerst willkommenen, lag gesuchten Anlaß zur Besetzung des Kiaochou-Gebietes<sup>30)</sup>. Das militärische Eingreifen der Mächte bei dem zum großen Teil durch die Tätigkeit der Missionare hervorgerufenen Boxeraufstand im Jahre 1900 demonstrierte den Chinesen erneut die Identität christlicher Mission und politischer Macht<sup>31)</sup>. Nicht nur die Ausländer, sondern auch die chinesischen Christen suchten sich vielfach, auf die so sichtbar demonstrierte fremde Macht gestützt, für das ihnen während der Boxerunruhen zugefügte Unrecht nun an ihren nicht-christlichen Landsleuten schadlos zu halten<sup>32)</sup>. Nur sehr langsam bahnte sich in den letzten Jahren vor der Revolution von 1911 ein Wandel in der Missionspraxis an. Die zum großen Teile durch die Missionen bewirkte zunehmende westliche Bildung und der im Gefolge davon aufkommende Nationalismus westlicher Prägung breitete sich mehr und mehr auch unter den chinesischen Christen aus und veranlaßte die fremden Missionare, zumindest formal sich größere Zurückhaltung aufzuerlegen. Mit dem Stillstand und späteren Rückgang der politischen Aktivität der Mächte in China seit dem ersten Weltkrieg schwand allmählich auch die unmittelbare Verbindung von Politik und Mission<sup>33)</sup>. Es entstanden vom Ausland unabhängige, rein chinesisch-protestantische Kirchen, und bei den vom Ausland abhängigen wurden die Chinesen — oft freilich nur formal — immer mehr an der Leitung maßgeblich beteiligt. Rom erklärte 1946 die katholische Kirche Chinas als selbständiges Glied in der katholischen Hierarchie, ein chinesischer Kardinal und mehrere chinesische Erzbischöfe

wurden ernannt<sup>34)</sup>, chinesische Bischöfe hatte es schon seit 1926 gegeben. In beiden Kirchen hatte sich spätestens in den vierziger Jahren unseres Jahrhunderts im wesentlichen der Gedanke durchgesetzt, daß die einheimischen chinesischen Kirchen auf eigenen Füßen stehen und dementsprechend ein eigenes chinesisches Gesicht haben müßten<sup>35)</sup>, mit dem Ziele, daß sich die ausländischen Missionare schließlich ganz aus China zurückziehen könnten. Diese Erkenntnis ist sehr spät gekommen, vielleicht zu spät. Er wäre durchaus denkbar, daß das Christentum in China ein wesentlich anderes Schicksal gehabt hätte, wenn die Trennung von der Politik fünfzig Jahre früher erfolgt wäre<sup>36)</sup>. Li Hung-chang, eine der hervorragendsten und weitblickendsten Persönlichkeiten des ausgehenden 19. Jahrhunderts schrieb 1886: „So möchte ich die Gefühle der intelligenteren Beamten und der Literaten der Neuzeit dahin zusammenfassen . . ., daß es der Ausländer als solcher ist, der gehaßt wird, nicht wegen seiner Religion, sondern weil man ihn im übrigen fürchtet. Man fürchtet ihn jetzt gar nicht, weil er der Diener Jesu Christi ist, oder ein Bekenner der Lehre dieses großen Mannes, sondern weil er möglicherweise ein Feind der politischen und industriellen Unabhängigkeit des Landes ist.“<sup>37)</sup> Diese Worte gelten heute noch; auch die Änderung der Missionspraxis während der letzten zwei oder drei Jahrzehnte hat sie nicht zu entkräften vermocht. Ein neuerer chinesischer Autor schrieb 1936, als er während der Fahrt von Tsingtao zu einer abgelegenen kleinen Insel auf dem Schiff einen ärmlichen, alten Bewohner der Insel trifft, der seit

<sup>34)</sup> China wurde eingeteilt in 20 Erzbistümer mit 79 Bistümern und 30 Apostolischen Präfecturen. Vgl. Zeitschrift f. Missionswissenschaft (Münster 1947/48) S. 35 ff. Insgesamt zählte China 1950 etwa dreieinviertel Millionen Katholiken (vgl. Agenzia Internazionale Fides, Le missioni cattoliche [Roma 1950]) und etwa eine halbe Million Protestanten (vgl. World Christian Handbook [London 1952]), zusammen also noch kaum 10% der Gesamtbevölkerung Chinas.

<sup>35)</sup> Das wird eingehend ausgeführt z. B. in der programmatischen Abhandlung von Pater F. Legrand, Apostolat intellectuel in Chine, in: Collectanea Commissionis Synodalis in Siniis (Peking 1944) S. 269–303; (ebd. 1945) S. 22–62. Ein Beispiel für die neue Haltung zur chinesischen Kultur ist die Bestrebung aus dem traditionellen chinesischen Kunststil mit christlichen Motiven eine chinesisch-christliche Kunst zu schaffen. Vgl. z. B. ebd. (1937) 1 und 6, und laufend in der gleichen Zeitschrift.

<sup>36)</sup> Sehr zutreffend äußerte bereits 1906 O. Franke: „Die Missionar-Frage ist an den amtlichen Stellen in Europa mit einer Gleichgültigkeit behandelt worden, die zu ihrer Wichtigkeit in einem starken Mißverhältnis steht, und die nur erklärlich ist durch die mangelhafte Kenntnis der Grundlagen und des Charakters des chinesischen Staatswesens. Es ist der größte, hartnäckigste und folgenschwerste Fehler gewesen, den die abendländische Diplomatie China gegenüber begangen hat, und zwar ein Fehler, dessen sich die Großmächte trotz aller pathetischen Erklärungen vom Gegenteil allesamt schuldig gemacht haben, daß man die Missionare als Werkzeuge für politische Bestrebungen und als Träger politischen Einflusses gebraucht hat. Ein solches System mag in anderen Erdteilen von Nutzen gewesen sein, in China hat es sich als verderblich erwiesen: es ist zu einer Quelle des Mißtrauens, des Hasses und unzähliger Greuelthaten geworden, der Ausbreitung der christlichen Lehre aber hat es eine Wunde geschlagen, von der sie nicht wieder genesen wird.“ (Ostas. Neubildg., S. 174 f.) Die in den letzten Worten enthaltene Voraussetzung scheint in den Ereignissen der letzten Jahre ihre Bestätigung gefunden zu haben.

<sup>37)</sup> Zitiert nach: Memoiren des Vizekönigs Li Hung Tschang. Ins Deutsche übertragen von Gräfin M. vom Hagen (Berlin 1915) S. 56. — Die Übersetzung scheint in Einzelheiten fehlerhaft zu sein. Der chinesische Originaltext ist mir leider nicht zugänglich.

<sup>22)</sup> Vgl. z. B. Merkel, G. W. v. Leibniz und die China-Mission (Leipzig 1920) S. 1 ff.; O. Franke, Leibniz und China, in: Zeitschr. d. Deutsch. Morgenl. Ges. N. F. 7 (Leipzig 1928) S. 155–178, oder: Aus Kultur und Geschichte Chinas (Peking 1945) S. 313–330.

<sup>23)</sup> Vgl. O. Franke, Ostasiatische Neubildungen (Hamburg 1911) S. 64.

<sup>24)</sup> Vgl. Latourette, op. cit. Anm. 3, S. 421.

<sup>25)</sup> Vgl. O. Franke, op. cit. Anm. 23, S. 65, Anm. 1. Eine auch heute im Volksmunde nicht unbekannt Bezeichnung der Abendländer ist mao-tzu, die Haarigen. Chinesische Christen oder andere Chinesen, die engere Beziehungen zu Abendländern hatten, wurden erh-mao-tzu, „Die zweiten Haarigen“ genannt. Der Ausdruck wurde besonders während des Boxeraufstandes viel gebraucht, wird aber auch im kommunistischen China gelegentlich wieder gehört.

<sup>26)</sup> Morse, op. cit. Anm. 2, Bd. 2, S. 220 f.

<sup>27)</sup> Ebd., S. 239–261.

<sup>28)</sup> O. Franke, op. cit. Anm. 23, S. 65 f. Text der Denkschriften sowie der Antworten der fremden Vertreter bei Cordier, op. cit. Anm. 2, 1, S. 417–445.

<sup>29)</sup> Latourette, op. cit. Anm. 3, S. 472; O. Franke, op. cit. Anm. 23, S. 65; The Anti-Foreign Riots in China in 1891, in: North-China Herald (Shanghai 1892) S. 226.

<sup>30)</sup> Vgl. Feng Djen Djang, The Diplomatic Relations between China and Germany since 1898 (Shanghai 1936) S. 39 ff.; Norem, Kiaochow Leased Territory (Berkeley 1936) S. 6 f.

<sup>31)</sup> Latourette, op. cit. Anm. 3, S. 519–526.

<sup>32)</sup> O. Franke, op. cit. Anm. 23, S. 168–170.

<sup>33)</sup> O. Franke, Die Missionar-Frage in China, ebd., S. 171–175.

dreißig Jahren Christ ist: „Das versetzt mich in Erstaunen. Es erstaunt mich, daß die Finger der Prediger des Imperialismus tatsächlich so scharf und fest in unsere Eingeweide hineingegriffen

und Herz und Leber fest gefaßt haben. Ich schaue dabei zurück auf jene sehr deutlich über das Land hervorragenden, hoch in der Mitte von Tsingtao stehenden beiden spitzen Türme. Jene

roten Spitzen der Türme, mit wessen Blut sind sie gefärbt?“<sup>38)</sup> Diese Reaktion kann durchaus als typisch gelten für die heute in China die Herrschaft ausübende Generation.

### 3. Die psychologische Wirkung der Sonderstellung des Abendländers in China auf die Chinesen

Von gar nicht zu überschätzender Bedeutung für die heutige Haltung der Chinesen zum Abendländer ist die psychologische Wirkung der bevorrechtigten Stellung der meisten Fremden gegenüber den Einheimischen nach Art des Verhältnisses vom Kolonialherrn zum Eingeborenen. Trotzdem China niemals als Kolonie unter der direkten Herrschaft eines westlichen Staates stand, war es doch nach Sun Yat-sen's nicht ganz ungerechtfertigter Ausdrucksweise eine „Hypokolonie“, eine Kolonie aller, in der sämtliche abendländische Nationen miteinander sich als Kolonialmacht fühlten und durch die „ungleichen Verträge“ eine bevorrechtigte Sonderstellung für ihre Staatsangehörigen gesichert hatten<sup>39)</sup>. Aber auch nachdem Ende der zwanziger Jahre die Kuomintang-Regierung in der Anerkennung der Gleichberechtigung Chinas erhebliche Fortschritte erreicht hatte<sup>40)</sup>, selbst noch nachdem 1943 die letzten Reste der „ungleichen Verträge“ gefallen waren<sup>41)</sup> und die christlichen Missionen ihre Praxis weitgehend geändert hatten, blieben in der Haltung der Ausländer in China — als einzelne oder als Gruppe — Elemente des Kolonialismus der Vergangenheit bestehen. Noch bis in die zwanziger Jahre hinein durften in manchen fremden Niederlassungen Chinesen bestimmte Gaststätten nicht betreten und nicht in der ersten Klasse der Straßenbahn fahren; ein Park in Shanghai war für „Hunde und Chinesen“ verboten. In den internationalen Klubs vieler Städte war bis zum zweiten Weltkrieg Chinesen grundsätzlich der Zutritt nicht gestattet<sup>42)</sup>. Als im Frühjahr 1949 nach der Besetzung Nordchinas durch die Kommunisten der Schiffsverkehr zwischen Tientsin und Hongkong durch eine englische Reederei wiederaufgenommen wurde, hielt man sich nach wie vor an die bis dahin in der ausländischen Küstenschiffahrt übliche Bestimmung, daß an Chinesen keine Passage 1. Klasse verkauft wurde. Erst auf einen energischen Einspruch der neuen, kommunistischen Regierung hin ließ man diese diskriminierende Bestimmung fallen. In Peking konnte, bis zur japanischen Besetzung der Stadt im Jahre 1937, *de iure* nur das Personal der fremden diplomatischen Vertretungen, in der Praxis jeder Ausländer ohne Bahnsteig-

karte den Bahnsteig betreten; der Ausländer brauchte an seinem Fahrrad kein Nummernschild, während sonst alle Fahrräder mit solchen Schildern versehen sein mußten. Bei den häufigen polizeilichen Absperrungen und Untersuchungen auf Straßen und Bahnhöfen außerhalb der fremden Niederlassungen pflegten Ausländer, auch die keine Exterritorialität mehr besaßen, bis zum letzten Kriege stets unbehelligt hindurchzugehen, und sie nahmen diese bevorzugte Behandlung nicht etwa als eine besondere Höflichkeit gegenüber dem ausländischen Gaste hin, sondern als ein selbstverständliches Vorrecht. Der Fremde fühlte sich als der Kolonialherr wie in den asiatischen und afrikanischen Kolonien der Großmächte. Ein ungeheurer Unterschied in der Behandlung der fremden und einheimischen Arbeitskräfte war eine natürliche Folge dieser Grundeinstellung. Ein kleiner Angestellter ohne besondere Qualifikationen in einer untergeordneten Stellung eines ausländischen Betriebes konnte — gemessen an den Verhältnissen in seinem Mutterlande wie auch an denen eines Chinesen in gleicher Position — ein luxuriöses Leben führen<sup>43)</sup>. Je niedriger der Bildungsstand des Fremden, desto höher waren seine Anmaßung und sein Hochmut gegenüber dem Einheimischen. Es galt hier nicht Qualifikation oder Tüchtigkeit, sondern der Ausländer zählte grundsätzlich, ohne Rücksicht auf seine persönliche Befähigung und Leistung, zu einer höheren Gattung als der Chinesen. Dieser Standpunkt mit der daraus resultierenden Ungleichheit in der Bezahlung der Arbeitskraft bei ausländischen Betrieben war — mit gewissen Einschränkungen — auch nach 1945 geblieben. Chinesen haben meist ein sehr feines Gefühl für reale Macht- und Besitzverhältnisse, und der einfache Mann ohne Schulbildung nahm diese Unterschiede oft als vom Schicksal gegeben hin, ohne sich deswegen in Neid und Mißgunst zu verzehren, wie es im Westen so häufig der Fall ist. Und tatsächlich arbeiten viele Chinesen in ausländischen Betrieben trotz aller grundsätzlichen Diskriminierung noch unter günstigeren Bedingungen als in manchen chinesischen. Anders war jedoch die Reaktion in der gebildeten Schicht, deren traditionelle kulturstolze Verachtung der mit brutaler Gewalt in China eingebrochenen Abendländer durch die nationalistischen Ideen einer stark westlich beeinflussten Bildung abgelöst wurde. Und hier mußte die vom Westen immer wieder proklamierte Idee von der grundsätzlichen Gleichberechtigung aller

Menschen und aller Völker die tatsächlich von den Abendländern mit äußerster Zähigkeit verteidigte Ungleichheit zu ihren Gunsten in desto grellerem Lichte erscheinen lassen und eine dem Westen wenig freundliche Gesinnung hervorrufen. Diese anti-westliche Gesinnung förderten aber noch andere Elemente.

Seit Beginn des gewaltsamen Eindringens des Westens in China um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts haben die Fremden, insbesondere die Missionare, durch die Verbreitung abendländischer Ideen und Lebensformen bewußt oder unbewußt traditionelle Religion und Sitte sowie die lang überlieferte soziale Struktur Chinas zu zersetzen begonnen. Wenn dies auch ein unvermeidlicher Vorgang war, so ist doch leicht zu ermessen, welche bitteren Empfindungen diese Zersetzung bei den kultur- und traditionsbewußten chinesischen Schichten gegen ihre Urheber hervorrufen mußte. Diese Empfindungen sind bis zum heutigen Tage geblieben, trotzdem diese gleichen Schichten inzwischen längst selbst die Unhaltbarkeit der traditionellen sozialen Ordnung erkannt haben und sie zu überwinden trachten. Wie der einzelne kaum Dankbarkeit empfinden wird gegen den, der ihm seinen Glauben und seine Ideale zerstört hat, sondern eher Zorn und Haß, so auch ein ganzes Volk. Nur selten haben in den letzten hundert Jahren sich Abendländer ganz in die traditionellen chinesischen Lebensformen eingefügt<sup>44)</sup>; meist haben sie — nicht zum wenigsten die Missionare — nicht nur selbst ihre eigene, abendländische Lebensweise beibehalten und auf die chinesische hochmütig herabgesehen, sondern ihre Gewohnheiten und Maßstäbe auch möglichst um sich zu verbreiten gesucht<sup>45)</sup>. Besonders stark haben in dieser Richtung die amerikanischen protestantischen Missionare gewirkt. Ihr Missionseifer galt in der Regel nicht nur der Verbreitung christlicher Religion, sondern auch amerikanischer Lebensweise und war getragen von der aufrichtigen Überzeugung, daß Amerika schlechthin Fortschritt und Aufwärtsentwicklung der Menschheit in absoluter, allgemein gültiger Form repräsentiere und dazu berufen sei, andere, zurückgebliebene Völker auf dem Wege amerikanischer Demokratie und amerikanischen Fortschrittsgeistes einer besseren Zukunft zuzufüh-

<sup>39)</sup> Vgl. Pascal M. D'Elia, *Le Triple Démisme de Suen Wen* (Shanghai 1930) S. 42 f.

<sup>40)</sup> S. unten, Anm. 54, S. 353.

<sup>41)</sup> Der Text des amerikanisch-chinesischen Vertrages von 1943 findet sich in dem 1949 vom Department of State herausgegebenen Buche: *United States Relations with China*, S. 514–519. Artikel 1 enthält den Verzicht auf die Exterritorialität amerikanischer Staatsbürger in China. Ein ähnlicher Vertrag wurde im gleichen Jahre zwischen England und China abgeschlossen.

<sup>42)</sup> Die hier und im folgenden angeführten Beispiele beruhen — soweit keine besonderen Quellen angeführt sind — auf eigenen Beobachtungen und Erfahrungen des Verfassers während seines Aufenthaltes in China von 1937 bis 1950.

<sup>43)</sup> Um die gleiche Kaufkraft zu erzielen, benötigt ein in chinesischen Verhältnissen nicht erfahrener Ausländer freilich eine höhere Summe als ein Chinesen. Der grundsätzliche Unterschied in der Bezahlung ging aber weit hinaus über den auch in anderen Ländern üblichen Ausgleich dieser Diskrepanz in der Kaufkraft wie auch gewisser zusätzlicher Bedürfnisse des an die einheimischen klimatischen und sonstigen Lebensverhältnisse nicht gewöhnten Ausländers.

<sup>38)</sup> H s i a o C h ü n, *Shui-ling shan tao*, in: *Ming chia chin tso chi* (1936) S. 219 f.

<sup>44)</sup> Eine solche Ausnahme ist z. B. sehr eindrucksvoll geschildert in dem Buche von Nora Waln, *The House of Exile*. Deutsche Übersetzung: *Süße Frucht, bittere Frucht* — China (Hamburg 1949).

<sup>45)</sup> In den letzten Jahrzehnten haben die katholischen Missionare, sofern sie als einzelne in der Provinz lebten, sich in der Lebensweise zum Teil stark ihrer chinesischen Umwelt angepaßt und dadurch einen engen Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung erhalten. Die mit ihrer Familie lebenden protestantischen Missionare hafteten stärker an ihrer europäischen oder amerikanischen Lebensweise und fanden dadurch oft nur schwer näheren Kontakt mit ihrer chinesischen Umwelt.

ren<sup>46)</sup>. Durch persönliches Vorbild sowie durch Wort, Schrift und Film suchten amerikanische Missionare — meist ohne die geringste tiefere Kenntnis und Einsicht in die gegebenen Voraussetzungen — ein fremdes und für chinesische Verhältnisse mehr destruktiv als konstruktiv wirkendes Lebensideal zu verbreiten. Diese neben den Amerikanern in geringerem Umfange auch durch andere Nationen, meist gleichfalls durch Missionare betriebene Kulturpropaganda konzentrierte sich vor allem auf das chinesische Erziehungswesen. Da nur ein kleiner Teil der chinesischen Gesamtbevölkerung überhaupt die Schule besucht und ein noch viel kleinerer eine Mittel- oder Hochschule, kommt diesem aus naheliegenden Gründen die führende Stellung in Staat und Gesellschaft zu. Das hat sich auch unter dem kommunistischen Regime nicht geändert. So ist die Bedeutung des Erziehungswesens, zumal des höheren, und der ausländischen Einflüsse darin während der letzten drei bis vier Jahrzehnte für Haltung und Handlungen der maßgebenden Schicht Chinas in jüngster Zeit gar nicht zu überschätzen. Es ist daher gerechtfertigt, wenn hier auf die Stellung der Ausländer im chinesischen Erziehungswesen etwas ausführlicher eingegangen wird<sup>46a)</sup>.

Seit dem Beginn unseres Jahrhunderts verlegten zunächst die protestantischen, später auch die katholischen Missionen ihre Aktivität immer mehr auf die Errichtung und Unterhaltung von Schulen (Kindergärten, Grund-, Mittel- und Hochschulen) sowie von Krankenhäusern. Das anfangs gelegentlich angewandte Prinzip, das christliche Bekenntnis als Voraussetzung für die Zulassung zu der betreffenden Schule zu verlangen, wurde bald aufgegeben, und die Missionsschulen wurden zu einem hervorragenden Faktor in der Vermittlung westlichen Gedankengutes und westlicher Lebensformen, zum Schwerpunkt der sogenannten „kulturellen Invasion“, wie es in der chinesisch-kommunistischen Terminologie heißt<sup>47)</sup>. Dabei wurde bis in die zwanziger Jahre hinein in den Missionsschulen meist nach dem System und in der Sprache des Landes unterrichtet, aus dem die betreffenden Missionare kamen. Die besonderen chinesischen Wissensgebiete — chinesische Sprache, Literatur, Geschichte, Geographie usw. — fanden oft nur spärliche Berücksichtigung<sup>48)</sup>. Die Leitung der Schulen lag meist ausschließlich in ausländischen Händen, Chinesen wirkten oft nur in untergeordneter und schlecht bezahlter Stellung mit. In dem Maße, wie die Schülerzahlen der Missionsschulen zunahmen, mußten diese Verhältnisse mehr und mehr nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Missionsschu-

len von den Chinesen als untragbar empfunden werden, zumal sie ja gerade in den ausländischen Schulen die Begriffe von nationalen Selbstbestimmungsrecht und von Demokratie lernten.

Sobald die Kuomintang-Regierung zu Ende der zwanziger Jahre zur Macht gekommen war, hat sie allem Widerstreben der fremden Missionare und allen Protesten fremder Regierungen zum Trotz mit Nachdruck auf der Forderung der chinesischen Erziehungshoheit bestanden: Die Missionsschulen mußten sich der chinesischen Unterrichtsverwaltung unterstellen, sich nach den von dieser festgesetzten Lehrplänen richten, auf obligatorischen christlichen Religionsunterricht für alle Schüler verzichten, einen Chinesen als verantwortlichen Schulleiter bestellen usw. Freilich blieben auch dann noch weitgehende fremde Einflüsse im chinesischen Erziehungswesen bestehen. Der chinesische Schulleiter war oft nur eine Marionette; denn über das Geld hatten die Ausländer zu verfügen. Die ausländischen Unterrichtsanstalten waren zum großen Teil finanziell besser gestellt und ausgerüstet als die rein chinesischen, oft auch besser organisiert und eine bessere Ausbildung vermittelnd. In den dreißiger Jahren haben manche Missionsuniversitäten nicht nur in Medizin, Naturwissenschaften und westlichen Sprachen, sondern gerade auch auf dem Gebiet der chinesischen Studien eine führende Stellung erworben. Trotzdem ist es fraglich, insbesondere auf Grund der Ereignisse nach 1948, ob ihre Wirkung nicht letzten Endes mehr negativ als positiv zu werten ist. Dadurch, daß in China Mittel- und Hochschulen zum größten Teil mit Internat verbunden sind, wirken sie in besonderem Maße charakterbildend, und manchem chinesischen Akademiker merkt man leicht an, von welcher Hochschule er kommt. Den Missionsschulen ist es dabei nur selten gelungen, einen freien, großzügigen und überzeugungsstarken Menschentyp hervorzubringen. Die in den Missionsschulen herrschende Atmosphäre der Überlegenheit des Ausländers nicht nur als des geldgebenden und damit in allen schulpolitischen Fragen letzten Endes entscheidenden Faktors, sondern auch in seiner Lebensweise lastete — selten bewußt und meist unbewußt — als ein schwerer Druck auf dem in der Entwicklung begriffenen Chinesen, der so sich selbst als eine im Grunde zweitklassige Persönlichkeit empfinden mußte.

An manchen Missionsuniversitäten erhielt auch noch nach dem zweiten Weltkrieg der als Hochschullehrer wirkende Missionar mehr als das zwanzigfache Gehalt seines chinesischen Kollegen, der vielleicht selbst im Auslande eine weit bessere Vorbildung und Qualifikation erhalten hatte als der betreffende Ausländer. Sogar eine ausländische Sekretärin im Universitätsbetriebe erhielt zuweilen etwa das zehnfache Gehalt eines chinesischen Professors. In manchen Universitäten wohnten die Ausländer in schönen, großen Häusern mit zahlreichem Dienstpersonal, die chinesischen Dozenten großenteils in kleinen, manchmal armseligen Hütten im gleichen Compound. Es soll nicht geleugnet werden, daß manche der ausländischen Missionare viel Geld für wohltätige Zwecke ausgaben und mancher ein gastfreies Haus nicht nur für die Christen seiner Mission

hatte. Aber das konnte den grundsätzlichen Unterschied in der Stellung von Missionaren und Einheimischen nicht verwischen; und er rief entweder — wenn auch oft unausgesprochen — Neid und Mißgunst hervor oder ein starkes Inferioritätsgefühl, das vielfach in Unselbständigkeit und sklavischer Abhängigkeit vom Ausländer seinen Ausdruck fand. So wird erzählt, daß ein kleiner Junge aus den ärmsten Verhältnissen, der einst half, beim ausländischen Missionar die Fußböden aufzuwischen, von diesem christlich getauft und auf Kosten der Mission in die Missionsschule geschickt wurde. Da er nicht unbegabt war und regelmäßig zur Kirche ging, wurde ihm gleichfalls durch die Mission der Mittel- und Hochschulbesuch ermöglicht, und er erhielt sogar ein Stipendium zum weiteren Studium in Amerika. Nach seiner Rückkehr wurde er Dozent, Professor und schließlich Präsident der betreffenden Missionsuniversität. Die Geschichte mag in dieser Form erfunden sein, ist aber typisch für die Verhältnisse an den Missionsschulen. Bei solcher Bevormundung konnte sich nur schwer eine unabhängige Persönlichkeit entwickeln. Häufig äußerte sich das Inferioritätsgefühl auch in starkem Ressentiment. Bezeichnend ist, daß nach der Übernahme der Missionsschulen durch die Kommunisten, verbunden mit einer Diskriminierung der Ausländer, nicht selten gerade diejenigen Chinesen sich den Ausländern gegenüber am loyalsten erwiesen haben, die nicht christlich waren, ihre persönliche Unabhängigkeit gewahrt hatten und vordem oft in scharfem Gegensatz zu den Ausländern gestanden hatten.

Aber auch nach außen hin war die psychologische Wirkung der Missionsschulen diesen auf die Dauer weniger günstig. Ohne daß von einer Diskriminierung oder allgemeinen Verachtung der Missionsschulen und ihrer Schüler und Studenten die Rede sein könnte, sahen zumal die Schüler und Studenten der führenden, rein chinesischen Mittel- und Hochschulen gern etwas herab auf die Missionsschulen und ihre dortigen Kameraden, die nicht selten dazu neigten, in ihrem äußeren Auftreten ausländische Gewohnheiten zu zeigen. Lehrer und Dozenten zogen es oft vor, wenn sie die Möglichkeit hatten, an rein chinesischen Institutionen tätig zu sein. Der Mangel an diesen sowie die oft günstigeren Bedingungen ermöglichten es den Missionsschulen nichtsdestoweniger, gute Lehrkräfte heranzuziehen. Die Kreise außerhalb der Missionsschulen hatten keine Möglichkeit, die positiven Seiten der dort wirkenden Ausländer kennenzulernen, und so sahen sie in diesen oft nichts anderes als die Repräsentanten einer unerwünschten „kulturellen Invasion“. Daß ferner die christlichen Missionare in ihrem Heimatlande zur Werbung von Mitteln für ihre Arbeit in China in Wort, Schrift und Bild vor allem Elend, Armut und Unbildung dieses Landes schilderten, wogegen sie Abhilfe schaffen wollten, und so eine sehr einseitige Vorstellung von China verbreiteten, hat viele Chinesen, die davon erfuhr, sehr erbittert. Gewiß waren alle diese traurigen Dinge im Übermaß vorhanden, aber sie stellten eben nur einen Aspekt dar, und die Chinesen waren hierfür besonders empfindlich.

Viele Missionare und sonstige Ausländer haben in ihrem Wirkungskreis in China Hervor-

<sup>46)</sup> Vgl. Fritz Fischer, Geschichtsbewußtsein in den USA. Vortrag in der Joachim-Jungius-Gesellschaft (Hamburg 2. 12. 1953); der Vortrag wird im Druck erscheinen.

<sup>46a)</sup> Die außerordentliche Bedeutung der Studenten und modernen Akademiker für die politische und kulturelle Entwicklung der letzten Jahre ist im einzelnen dargestellt in dem aufschlußreichen Buche von Wen-han Kiang, *The Ideological Background of the Chinese Student Movement* (New York [Columbia University] 1948).

<sup>47)</sup> Vgl. Latourette, op. cit. Anm. 3, S. 441 ff., 622 ff.

<sup>48)</sup> Vgl. Wen-han Kiang, op. cit. Anm. 46a, S. 87 ff.; T. and S. Yamamoto, *The Anti-Christian Movement in China, 1922—27*, in: *Far Eastern Quarterly* 12, 2 (1953) S. 140.

ragendes geleistet, nicht wenige durch ihr persönliches Verhalten vorbildlich gewirkt und sich manche Sympathie in ihrem engeren chinesischen Kreise erworben. Das allgemeine Resentiment gegen die Ausländer als die bevorrechtigten Kolonialherren konnte dadurch nicht bereinigt werden. Ja, Tüchtigkeit und Leistungen von Ausländern, die die vieler Chinesen übertrafen, waren durchaus nicht immer

dazu angetan, reine Sympathie hervorzurufen, sondern hatten — zumal bei den gebildeten Schichten — oft gerade die entgegengesetzte psychologische Wirkung. In die objektive Bewunderung und Anerkennung der Leistungen mischten sich nicht selten subjektiver Neid und Mißgunst. Dabei haben die Missionare, vom Bewußtsein des höheren Standes ihrer Kultur, Religion und Moral erfüllt, nicht immer die

nötige Zurückhaltung gegenüber einheimischen Gewohnheiten und Empfindungen gewahrt und so durch ihr freundlich-mitleidvolles Herabsehen auf die „Heiden“ bei den national- und kulturbewußten Chinesen oft mehr Unwillen hervorgerufen als die Geschäftsleute der Hafenstädte, die zum größten Teil ihr eigenes Leben unter sich führten und nur wenig Verbindung mit solchen chinesischen Kreisen hatten<sup>48a)</sup>.

#### 4. Die chinesische Reaktion gegen die Abendländer

In den vorangehenden Abschnitten wurde versucht darzulegen, wodurch Erbitterung und Feindschaft weiter chinesischer Kreise gegen das Abendland und seine Vertreter in China hervorgerufen worden sind. Diese seit etwa hundert Jahren durch das oft verständnislose kurzsichtige Verhalten der Mächte oder auch nur einzelner Persönlichkeiten stets von neuem angefachte Erbitterung hat sich wiederholt in einer Reihe gewaltsamer Ausbrüche Luft gemacht. Dazu zählen neben zahlreichen kleineren Zwischenfällen, bei denen Fremde — insbesondere Missionare — und Einheimische den Tod fanden, z. B. das sogenannte Blutbad von Tientsin sowie vor allem der Boxeraufstand im Jahre 1900. Vorkämpfer eines aktiven Widerstandes gegen die Fremden waren bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts in erster Linie die konservativen Kreise der konfuzianischen Literaten. Die seit der Jahrhundertwende rasch anschwellende revolutionäre Bewegung sah in der regierenden Mandschu-Dynastie und im traditionellen politischen System die Hauptschuldigen an Chinas Unglück; im Kampf gegen diese suchte sie vom Westen zu lernen und sogar von ihm Unterstützung zu erlangen. Freilich empfanden auch die Revolutionäre unter Führung von Sun Yatsen aufs stärkste die Demütigungen und das Unrecht, die China von den fremden Mächten erleiden mußte. Sie meinten jedoch, eine solche Behandlung habe das herrschende Mandschu-Regime durch seine halsstarrige und reaktionäre Politik geradezu herausgefordert, und in dem Maße, wie sich das chinesische Staatswesen und seine Regierung den Erfordernissen der Zeit anpaßten, würden die Fremden allmählich freiwillig auf die „ungleichen Verträge“ und ihre daraus resultierenden Vorrechte verzichten. Auch nach dem Sturz der Dynastie und der Errichtung der Republik im Jahre 1911 gründete Sun Yatsen seine Pläne zum Aufbau des Reiches auf eine großzügige politische und wirtschaftliche Unterstützung durch den Westen, um China in einen modernen Staat umzuwandeln. Das Verhalten der Mächte im weiteren Verlauf der Entwicklung, insbesondere 1915 bei den berüchtigten 21 Forderungen Japans, 1919 in Versailles und 1921/22 in Washington mußte aber Sun und seinen Anhängern deutlich machen, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgingen und die Mächte weder für den selbständigen politischen und wirtschaftlichen Aufbau Chinas noch für die freiwillige Aufgabe irgendwelcher aus den „ungleichen Verträgen“ herrührenden Vorrechte auch nur das geringste Verständnis offen-

barten<sup>49)</sup>. Wie anders zeigte sich dagegen die Haltung Sowjetrußlands, das nicht nur theoretisch für die Befreiung der asiatischen Völker von Kolonialherrschaft und Imperialismus des Westens eintrat, sondern auch damals praktisch auf alle Vorrechte verzichtete, die das zaristische Regime in China besessen hatte, wie z. B. auf die Exterritorialität und die russischen Niederlassungen in einer Reihe von Hafenstädten. Die russisch-orthodoxe Mission hatte niemals eine wesentliche Rolle gespielt<sup>50)</sup>. So blickte in den zwanziger Jahren das revolutionäre China auf Sowjetrußland als den Freund und Vorkämpfer für Freiheit und Gleichberechtigung der unterdrückten Nationen, ohne sich jedoch deswegen dem Kommunismus zu verschreiben. Im Anschluß an den sogenannten „Zwischenfall vom 30. Mai (1925)“ in Shanghai, wobei einige chinesische Studenten durch Schüsse englischer Polizei getötet wurden<sup>50a)</sup>, kam es in den Jahren 1925—1927 zu einer ausgedehnten, insbesondere gegen England gerichteten anti-imperialistischen Bewegung; ihre wirksamste Waffe war der Boykott. Von dem 1925 und 1926 über Süchina verbreiteten Boykott wurden nicht nur englische Waren und Schiffe betroffen, sondern ein erheblicher Teil chinesischer Arbeiter und Angestellter englischer Unternehmen in der britischen Niederlassung Kantons und in der benachbarten Kolonie Hongkong, ja selbst bei Engländern tätiges Hauspersonal verließen ihren Arbeitsplatz. Über ein Jahr dauerte der Boykott mit unverminderter Schärfe an und traf den englischen Chinahandel aufs schwerste. An vielen Plätzen kam es zu blutigen Zwischenfällen, die die Spannung verschärften. Bald nach der Übersiedlung der Nationalregierung nach Wuhan im Jahre 1926 drang die chinesische Volksmenge in die dortige britische Niederlassung ein und forderte ihre Rückgabe an China. Dank der Einsicht der Regierung in London — sie entsprach durchaus nicht den Wünschen der englischen Kaufleute in China — kam es zu keinem bedeutenden Zwischenfall. Kurze Zeit darauf wurde die britische Konzession in Kiukiang (am Yangtse) in ähnlicher Weise von den Chinesen zurückgenommen<sup>51)</sup>.

<sup>49)</sup> Vgl. W. Franke, Die Stufen der Revolution in China, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2 (1954) S. 164 ff.

<sup>50)</sup> Vgl. Latourette, op. cit. Anm. 3, S. 486 f., 566, 741 f.

<sup>50a)</sup> Vgl. Wen-han Kiang, op. cit. Anm. 46a, S. 81 ff.

<sup>51)</sup> Vgl. G. A mann, Sun Yatsen's Vermächtnis (Berlin 1928) S. 181—189, 226—236.

Vorsorglicher Weise waren alle Engländer, zumeist Missionare und Kaufleute, aus dem Inland evakuiert worden, und selbst die britischen Niederlassungen in den Hafenstädten wurden zum großen Teil von englischen Frauen und Kindern verlassen. Daß sich die chinesische Erbitterung in dieser Zeit in erster Linie gegen England richtete, hatte einmal seinen Grund darin, daß England die führende und tonangebende fremde Macht war und die meisten wirtschaftlichen und politischen Interessen in China hatte. Hinzu kam aber wahrscheinlich auch eine geschickte Beeinflussung durch die damals bei der chinesischen Nationalregierung tätigen sowjetrussischen Berater. Denn die russische Politik richtete sich zu jener Zeit vor allem gegen England und wollte England von den übrigen Mächten isolieren.

In engem Zusammenhang mit der anti-imperialistischen Bewegung stand die anti-christliche Bewegung. Sie begann bereits 1922 und erreichte 1925—1927 ihren Höhepunkt. Beim Vormarsch der revolutionären Armee von Kanton über Wuhan und dann Yangtse-abwärts im Jahre 1926/27 kam es wiederholt zu Plünderungen von Missionseigentum und zu Ausschreitungen gegen ausländische Missionare. In vereinzelt Fällen wurden sogar Missionare getötet. Freilich ist die anti-christliche Bewegung hier kaum von der anti-imperialistischen zu trennen, und sie richtete sich daher wie jene in erster Linie gegen die angelsächsischen Missionen, was soviel bedeutet wie gegen die protestantischen Missionen, die meist in Händen von Engländern und Amerikanern waren. Im Zuge der Evakuierung Süchinas von Engländern verließen mehr als zweitausend Missionare, meist Engländer wie auch Amerikaner, das Land<sup>52)</sup>. War vordem der Widerstand gegen das Christentum vorwiegend von traditionellen und konservativen Kräften ausgegangen, so übernahmen in den zwanziger Jahren die fortschrittlichen, revolutionären Elemente, vor allem Schüler und Studenten, die Führung im Kampf gegen die fremden Missionen.

In den vergangenen Abschnitten war versucht worden zu zeigen, daß die anti-christliche Einstellung weiter chinesischer Kreise bereits seit dem 19. Jahrhundert im Grunde nicht auf religiösen Erwägungen basierte und sich nicht gegen das Christentum als Religion richtete,

<sup>48a)</sup> Gute Illustrationen zur psychologischen Wirkung der Abendländer in China auf die Chinesen finden sich z. B. in dem Buche von Hans Suyin, A Many-Splendoured Thing (London 1952). Deutsch: Alle Herrlichkeit auf Erden (Genf 1953).

<sup>52)</sup> Vgl. Yamamoto, op. cit. Anm. 48, S. 133—147.

sondern gegen die Träger des Christentums, eben die fremden Missionare und deren „kulturelle Invasion“ Chinas. Obwohl manche Chinesen aus rein religiöser Überzeugung Christen und deswegen nicht weniger „anti-imperialistisch“ als die Nicht-Christen waren, und wenn auch — wie z. B. *Li Hung-chang* — manche durchaus zwischen der christlichen Religion als solcher und ihren Trägern zu unterscheiden wußten, so verwischte sich doch für die meisten dieser Unterschied, und ein Kampf gegen die Missionare war gleichbedeutend mit einem Kampf gegen das Christentum. Nur in geringem Maße spielten neben diesen nationalen, anti-kolonialen und anti-imperialistischen Motiven andere Faktoren mit. Zu diesen gehören vor allem die neuen Ideen der 4.-Mai-Bewegung (1919) von „Demokratie und Wissenschaft“. Ihre Anhänger wollten zum größten Teil das Christentum im besonderen und die Religion im allgemeinen als unzeitgemäß, unfortschrittlich, unwissenschaftlich, sozusagen als Aberglauben abtun. Mit dem naiven Fortschrittsglauben, dem die meisten Vertreter der 4.-Mai-Bewegung huldigten, war Religion schlechthin unvereinbar<sup>52a)</sup>. Unbewußt mag hier auch die ausschließlich auf das Diesseits gerichtete, allen Jenseits-Vorstellungen abholde Gedankenwelt des konfuzianischen Litteratentums mitgewirkt haben. Auch der Kommunismus spielte schon damals bei der anti-christlichen Bewegung eine gewisse Rolle. Es ist kein Zufall, daß die Führer der chinesischen Kommunisten auch an der anti-christlichen Bewegung tätigen Anteil nahmen, und manches aus den Proklamationen anti-christlicher Organisationen war der kommunistischen Ideologie entnommen. Diese weltanschaulichen Faktoren verschwanden aber allmählich, und die anti-christliche Bewegung ging schließlich ganz in der anti-imperialistischen auf. Das fand seinen Ausdruck auch darin, daß nicht nur die am Anfang abseits stehenden Schüler und Studenten von Missionsschulen, sondern auch die christlichen Studenten selbst an der Bewegung teilnahmen. Eine ihrer wesentlichen Forderungen war die sogenannte Erziehungshoheit, die ja schließlich auch erreicht wurde<sup>53)</sup>.

Die Nationalregierung der Kuomintang hat nach der Übernahme der Regierung ganz Chinas und ihrer internationalen Anerkennung im Jahre 1927 mit Entschiedenheit ihren in der Revolutionszeit begonnenen Kampf gegen die „ungleichen Verträge“ und die fremden Vorrechte fortgeführt. Bereits 1928 konnte sie mit einer Reihe von Mächten neue Verträge auf grundsätzlich gleichberechtigter Basis abschließen. Mehrere Länder, wie Belgien, Italien, Dänemark, Portugal und Spanien, verzichteten darin ab 1. 1. 1930 auf die Exterritorialität ihrer Staatsangehörigen in China<sup>54)</sup>. Deutschland hatte bereits

in dem von China nicht unterzeichneten Versailler Friedensvertrage auf alle wesentlichen Vorrechte in China verzichten müssen<sup>55)</sup> und bestätigte dann diesen Verzicht im deutsch-chinesischen Friedensvertrag von 1921<sup>56)</sup>. Die Großmächte behielten sich freilich noch eine Anzahl grundlegender Vorrechte vor. Doch gelang es, in dem Jahrzehnt von 1927 bis 1937, der Nationalregierung, auf Verhandlungswege die fremden Niederlassungen in einer Reihe von Hafenstädten und das britische Pachtgebiet Weihaiwei zurückzuerlangen, gewisse Zugeständnisse hinsichtlich des Zolltarifs zu erreichen und den Verzicht auf andere Vorrechte in Aussicht gestellt zu bekommen, bis schließlich der zweite Weltkrieg die Mächte veranlaßte, auch auf ihre letzten Vorrechte zu verzichten und China als einen der „Vier Großen“ neben den USA, England und Rußland völliger internationaler Gleichberechtigung teilhaftig werden zu lassen<sup>57)</sup>.

So gehören nach dem Kriege die „ungleichen Verträge“ der Vergangenheit an; China hatte die volle Souveränität und den größten Teil der seit den neunziger Jahren verpachteten oder verlorenen Gebiete zurückerhalten. Der unbefangene Beobachter hätte meinen können, daß daraufhin dem Anti-Imperialismus der Kommunisten nur noch offene Türen einzurennen blieben. Hätte der Krieg nicht chaotische Zustände in China geschaffen, sondern dem Lande und seinen Bewohnern eine ruhige Entwicklung und allmähliche Auswertung der neuen Situation ermöglicht, dann hätten sich vielleicht mit der Zeit ein Ausgleich und eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Abendländern und Einheimischen ergeben können, wie sie sich z. B. jetzt in Indien zu entwickeln scheinen. So waren aber einmal die Erbitterung über die Demütigungen der Vergangenheit und im übrigen das Ressentiment über die nicht in kurzer Frist von ein paar Jahren umstürzbare, seit Generationen aufgebaute und gewohnte Sonderstellung der Fremden noch stark genug, um sich den durch die kommunistische Propaganda hervorgerufenen Emotionen willig hinzugeben. In den während des Krieges von den Japanern besetzten Gebieten haben diese den Kommunisten durch ihre anti-westlich-imperialistische Propaganda wirksam vorgearbeitet. Die Japaner sahen sich als die Befreier Chinas, ja ganz Ost- und Südost-Asiens vom westlichen Imperialismus und versuchten die chinesischen Empfindungen gegen den Westen aufzustacheln. Praktisch führten sie den Chinesen vor, wie man den einzelnen Abendländer in China diskriminieren und schikanieren konnte<sup>58)</sup>. Freilich merkte damals jeder Chinese leicht, daß an Stelle des westlichen Imperialismus der für den einzelnen noch viel fühlbarere brutale japanische Imperialismus getreten war. Aber die japanische Propaganda bewirkte doch, daß für die Bewohner der besetzten Gebiete wenige Jahre später die anti-imperiali-

stischen Parolen der Kommunisten nichts Neues mehr waren. Diesmal fielen sie auf fruchtbaren Boden; denn der Pferdefuß war nicht so offensichtlich wie bei der japanischen „Neuordnung in Ostasien“.

Bezeichnend für die gespannte Atmosphäre nach dem Kriege war die ungeheure Erregung in ganz China, als zu Weihnachten 1946 in Peking eine chinesische Studentin angeblich von einem amerikanischen Soldaten vergewaltigt worden sein sollte. Ungeachtet, daß die Amerikaner China von den Japanern befreit hatten, die amerikanischen Truppen auf ausdrücklichen Wunsch der chinesischen Regierung bis zum Abschluß der Repatriierung aller Japaner in China weilten und überdies tatsächliche Vergewaltigungen von Frauen durch chinesische Soldateska im eigenen Lande nichts Seltenes waren<sup>59)</sup>, verschaffte sich eine starke anti-amerikanische Stimmung durch Studenten-Demonstrationen, Flugblätter usw. im ganzen Lande Luft. Selbst viele sonst ruhige und besonnene Chinesen wurden davon ergriffen<sup>60)</sup>. Gewiß haben sich die damals gerade in Studentenkreisen geheim sehr aktiven Kommunisten eines solchen Zwischenfalles gern bemächtigt, aber die allgemeine Erregung war zunächst spontan. Die zumindest sehr kritische Einstellung weiter chinesischer Kreise gegenüber dem Abendlande, zumal den USA, vor dem Sieg der Kommunisten zeigte sich aber nicht nur in diesem einen Vorfall. Schon vor 1948 liebten es die Behörden der Nationalregierung zuweilen, die Ausländer die chinesische Autorität fühlen zu lassen und zu zeigen, daß man jetzt Herr im eigenen Lande war. So mußten z. B. in Shanghai alle Ausländer, jedesmal wenn sie zum Wochenende oder sonst Shanghai verlassen wollten, ein besonderes Permit der chinesischen Polizei haben. Trotz aller militärischen und wirtschaftlichen Hilfe ging die Sympathie für die USA auch in der Kuomintang und in dieser nahestehenden Kreisen mehr und mehr zurück. Schon während des Krieges hatten die unvergleichlich bessere Ausrüstung und Versorgung der als Bundesgenossen mit den Chinesen gegen die Japaner kämpfenden amerikanischen Truppen sowie die hohen Ansprüche der amerikanischen Soldaten und ihre geringe Fähigkeit, Entbehrungen zu ertragen — worin der chinesische Soldat unübertroffen ist —, nicht immer dazu gedient, die Amerikaner beim chinesischen Militär besonders beliebt zu machen. Die in den meisten Fällen wohl berechnete, aber von den Amerikanern nicht immer sehr geschickt geäußerte Kritik an Korrup-

<sup>59)</sup> Eine Ausnahme bildeten hier allerdings die chinesischen kommunistischen Truppen, die außerordentlich gut diszipliniert waren und bei denen jede Ausschreitung dieser Art aufs schwerste, oft mit dem Tode geahndet wurde.

<sup>60)</sup> Nach den chinesischen Zeitungsberichten über den folgenden Prozeß vor dem amerikanischen Militärgericht mit chinesischen Beisitzern schien eine Vergewaltigung äußerst unwahrscheinlich. Trotzdem sah sich das Gericht in Anbetracht der aufgeregten Stimmung in studentischen und akademischen Kreisen ganz Chinas genötigt, den Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus zu verurteilen und ihn zur Abbüßung der Strafe sofort nach Amerika abtransportieren zu lassen. Nach etwa einem Jahre wurde dort das Urteil aufgehoben und der betreffende Soldat rehabilitiert. Die Nachricht davon ging kurz durch die chinesischen Zeitungen, ohne daß ihr größere Bedeutung geschenkt wurde. In diesem Falle hatten die Amerikaner wohlüberlegt im entscheidenden Moment das Gesicht der Chinesen zu respektieren gewußt.

<sup>52a)</sup> Vgl. *Wen-han Kiang*, op. cit. Anm. 46a, S. 46 ff.

<sup>53)</sup> Vgl. *Yamamoto*, op. cit. Anm. 48; *W. Franke*, op. cit. Anm. 49, S. 171.

<sup>54)</sup> Die betreffenden Verträge sind 1929 von der chinesischen Regierung in westlicher und chinesischer Sprache herausgegeben unter dem Titel: *Sino-Foreign Treaties 1928*.

<sup>55)</sup> Artikel 128–134.

<sup>56)</sup> Vgl. *Feng Djen Djang*, op. cit. Anm. 30, S. 202–205.

<sup>57)</sup> Vgl. Anm. 41

<sup>58)</sup> Das betraf vor allem die Engländer, Amerikaner und sonstigen Alliierten vor dem 8. Dezember 1941, ehe sie von den Japanern interniert wurden.

tion, Inkompetenz und mangelnder Tüchtigkeit der chinesischen militärischen Führung hatte dort viel böses Blut gemacht<sup>61)</sup>. So war in der Nationalen Armee während der der japanischen Kapitulation folgenden kritischen Jahre des Kampfes gegen die Kommunisten die Stimmung den USA nicht unbedingt günstig<sup>61a)</sup>. Sehr zum Rückgang der Sympathie gegenüber den USA trug das Bekanntwerden der Yalta-Konferenz bei. Hier war ohne Zuziehung Chinas den Russen die Wiedergewinnung der im russisch-japanischen Kriege 1904/05 an Japan verlorenen Rechte in der Mandschurei an Dairen/Port Arthur und an der südmandschurischen Eisenbahn zugesichert worden, um die Sowjetunion zum Eintritt in den Krieg gegen Japan zu bewegen<sup>61b)</sup>. Die daraufhin erfolgte Besetzung der Mandschurei durch Rußland ermöglichte es den chinesischen Kommunisten, beim Rückzug der Russen nach Kriegsende weite Gebiete der Mandschurei ungehindert zu besetzen und sehr wertvolles japanisches Kriegsmaterial zu erhalten, das die Russen ihnen in die Hände spielten. 1946 wurde General Marshall als Sonder-Botschafter nach China gesandt, um im Kampfe zwischen Nationalregierung und Kommunisten zu vermitteln. Zunächst wurden zwar durch die Bemühungen Marshalls und seines Stabes an vielen Fronten die Feindseligkeiten einstweilen eingestellt; schließlich scheiterte aber die Mission an den politischen Realitäten. Der vorübergehende Waffenstillstand wirkte sich militärisch vorwiegend für die Kommunisten günstig aus. Dies sowie Marshalls Erklärung bei seiner Rückkehr in die Staaten Anfang 1947, worin er beide Seiten für den Fortgang des Bürgerkrieges verantwortlich machte<sup>61c)</sup>, rief in militärischen wie politischen Kreisen der Nationalregierung starke Kritik gegen die Amerikaner hervor. So war bei der Machtübernahme durch die Kommunisten die allgemeine Einstellung zu den USA durchaus nicht rein positiv, sondern weitgehend kritisch, wenn nicht gar negativ<sup>62)</sup>.

Diese großenteils emotionell bedingte Stimmung gegen die USA und das Abendland im allgemeinen hat es nach Übernahme der Regie-

rung durch die Kommunisten diesen leicht gemacht, mit ihrer Propaganda geschickt auf die vorhandene anti-westliche Einstellung in ihrem Sinne einzuwirken und ihre einschneidenden, diskriminierenden Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Seit 1949 werden in zunehmendem Maße Ausländer des Landes verwiesen oder verhaftet und für tatsächliche oder angebliche Verstöße gegen die chinesischen Gesetze, zuweilen in Schauprozessen, meist aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilt<sup>63)</sup>. Gerichtsverhandlungen und Prozesse spielen sich dabei so ab, wie es nicht nur in kommunistischen Ländern üblich ist, sondern wie es seit vielen Jahrhunderten zumal in unruhigen Zeiten nicht selten auch in China geschah. Nach traditioneller chinesischer Rechtsgewohnheit kann niemand ohne Geständnis verurteilt werden<sup>64)</sup>. Mißhandlungen aller Art wurden daher oft zur Erpressung von Geständnissen angewandt. Bei einem politischen Umsturz entledigte sich die siegreiche, herrschende Partei ihrer Gegner oft dadurch, daß sie sie zwang, von den neuen Machthabern aufgesetzte „Geständnisse“ des Hochverrats zu unterschreiben, worauf sie nach dem Gesetz zum Tode verurteilt werden konnten<sup>65)</sup>. Die westlichen Mächte haben durch das Bestehen auf der Konsulargerichtsbarkeit ihre Staatsangehörigen vor dieser Art von Prozessen zu schützen gesucht und gleichzeitig die chinesische Regierung angespornt, das chinesische Rechtswesen dem des Abendlandes anzugleichen, indem sie nach Vollendung dieser Angleichung den Verzicht auf die Exterritorialität und die Konsulargerichtsbarkeit in Aussicht stellten. Die Kommunisten haben durch die Außerkraftsetzung sämtlicher von der vorangehenden Nationalregierung erlassenen Gesetze ihren Willen bekundet, das in den letzten Jahrzehnten rezipierte Recht wieder abzustoßen<sup>66)</sup>. Sie bestehen bewußt darauf, daß die Ausländer sich den traditionellen chinesischen Formen der Rechtsprechung zu unterwerfen haben. Daß diese Formen in man-

cher Hinsicht denen der kommunistischen Länder entsprechen, macht ihre Anwendung erst recht selbstverständlich. Darüber hinaus sind die neuen Machthaber in China offensichtlich bestrebt, alle die Rechte der Ausländer zu beseitigen, die im 19. Jahrhundert von den Mächten mit Gewalt der widerstrebenden chinesischen Regierung gegenüber durchgesetzt wurden, so z. B. das Recht, im Lande zu reisen. Heute darf kein Ausländer den Platz, wo er lebt, ohne besondere polizeiliche Genehmigung verlassen. Nur in seltenen Ausnahmefällen bei sehr stichhaltigen Gründen wird die Genehmigung zu einer Reise in eine andere Stadt auf dem kürzesten, direkten Wege erteilt. Erholungsreisen oder Reisen im Land sind völlig unmöglich. Während früher bei Personal- und Zollkontrollen Ausländer meist überhaupt nicht angehalten oder mit Vorrang abgefertigt wurden, werden heute in der Regel zuerst alle Einheimischen und nicht-europäischen Ausländer abgefertigt; die Angehörigen westlicher Nationen müssen bis zuletzt warten.

Besonders schwer müssen die Missionare für die Fehler ihrer Vorgänger büßen. Oft ist es nicht genug damit, daß man das bewegliche und unbewegliche Eigentum der Missionare einzieht und die fremden Missionare — oft nach kürzerer oder längerer Inhaftierung — des Landes verweist. Darüber hinaus sucht man nicht selten durch öffentliche Diskriminierung größter Art den einzelnen Missionar vor der großen Menge der Bevölkerung aller persönlichen Würde zu entkleiden und verächtlich zu machen<sup>67)</sup>. Dabei ist man gegen die katholischen Missionen oft schärfer als gegen die protestantischen: Nicht nur, weil die katholische Kirche in ihrer geschlossenen Organisation eine ganz andere Macht darstellt als die vielen, zersplitterten protestantischen Kirchen, sondern auch weil erstere in vielen Provinzen über ausgedehnten, vielfach an chinesische Christen verpachteten Grundbesitz verfügt und daher zusätzlich zu allem anderen die betreffenden Missionare auch noch als Grundbesitzer gelten. Die ihr Land nicht selbst bebauenden, sondern verpachtenden Grundbesitzer sind der am meisten gehaßte Feind des chinesischen Kommunismus, gegen den bei der Durchführung der Landreform keine Nachsicht geübt wird<sup>68)</sup>. Unter bewußter Bezugnahme auf die Ereignisse des 19. Jahrhunderts<sup>69)</sup> wird zumal gegen die zahlreichen katholischen Waisenhäuser sehr brutal vorgegangen<sup>70)</sup>. Man wirft ihnen Mißhandlung der Waisenkinder vor, wobei sogar die alten Geschichten, daß die Fremden den Kindern die Augen austächen<sup>70a)</sup>, um daraus Medizin zu machen, wieder zu hören ge-

<sup>63)</sup> In großer Aufmachung erschien in den chinesischen Zeitungen z. B. das Verfahren gegen den Italiener Riva, den Japaner Yamaguchi und andere in Peking lebende Ausländer wegen angeblicher Spionage und angeblicher Vorbereitung eines Attentates auf die kommunistischen Führer. Riva und Yamaguchi wurden erschossen, die anderen Beteiligten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Vgl. Jen-min jih-pao (vom 18. 8. 1951). Über einen ähnlichen Fall in Tientsin vgl. Hsin hua yüeh-pao 18 (April 1951) S. 1242–1244. Die meisten, möglicherweise sogar alle in diesen Prozessen Verurteilten wurden vor Ablauf der erkannten Strafe im Laufe des Jahres 1954 freigelassen und des Landes verwiesen.

<sup>64)</sup> Vgl. G. A. Kennedy, Die Rolle des Geständnisses im chinesischen Gesetz (Berlin 1939) S. 12.

<sup>65)</sup> Als z. B. i. J. 1457 durch den mit einem Thronwechsel verbundenen Umsturz ein verdienter, führender Staatsmann mit einer Reihe seiner Mitarbeiter von seinen siegreichen Gegnern unter nichtigen Vorwänden des Hochverrats angeklagt worden war, legte man ihnen ein „Geständnis“ zur Unterschrift vor. Einer der Mitangeklagten versuchte die Grundlosigkeit der Beschuldigung nachzuweisen und sich zu rechtfertigen, der Hauptangeklagte aber bemerkte nur: „Es ist ja die Absicht von . . . und Genossen, uns zu töten; was hat es da Sinn, sich zu verteidigen!“ Bei den heutigen Prozessen dürfte es kaum anders zugehen. Vgl. W. Franke, Ein Dokument zum Prozeß gegen Yü Ch'ien i. J. 1457, in: Studia Serica 6 (Chengtu 1947) S. 195.

<sup>66)</sup> Vgl. K. Büniger, Die Rezeption des europäischen Rechts in China, in: Deutsche Landesreferate zum III. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung (London 1950) S. 166 ff.

<sup>67)</sup> Reichhaltiges Material über das Vorgehen der chinesischen Kommunisten gegen die katholischen Missionen findet sich in der bis 1949 in Shanghai und seitdem in Hongkong erscheinenden Zeitschrift „China Missionary“ (seit Oktober 1953 unter dem Titel „Mission Bulletin“).

<sup>68)</sup> Vgl. W. Franke, op. cit. Anm. 49, S. 173 ff.

<sup>69)</sup> Zum Beispiel das oben erwähnte Blutbad von Tientsin i. J. 1870.

<sup>70)</sup> Vgl. z. B. Hsin hua yüeh-pao 19 (Mai 1951) S. 58 f. und Jen-min jih-pao (vom 9. 3. und 29. 7. 1951).

<sup>70a)</sup> Vgl. z. B. China Missionary Bulletin (Honkong June-July 1953) S. 607.

<sup>61)</sup> So z. B. die starke Verstimmung von Chiang Kai-shek und seiner Umgebung während der militärischen Mission des Generals Stillwell. Die Vorgänge sind anschaulich dargestellt in dem Buche der amerikanischen Journalisten Th. White und A. Jacoby, Thunder out of China, deutsch: Donner aus China (Stuttgart-Hamburg 1949). Vgl. auch Joseph W. Stillwell, The Stillwell Papers (London 1949).

<sup>61a)</sup> Dies zeigte u. a. sich in Gesprächen, die der Verfasser während der Belagerung Pekings durch die Kommunisten im Dezember 1948 und Januar 1949 mit Offizieren der die Stadt verteidigenden Nationalen Truppen hatte. Die Zeit unmittelbar vor, während und nach der Belagerung Pekings ist eindrucksvoll dargestellt von dem amerikanischen Sinologen Derk Bodde, Peking Diary, a year of revolution (New York 1950).

<sup>61b)</sup> Vgl. United States Relations with China (ed. Department of State) (Washington 1949) S. 113 ff.

<sup>61c)</sup> Für den Text der Erklärung vgl. ebd., S. 686–689.

<sup>62)</sup> Die Gründe für den schweren Rückschlag der amerikanischen Politik in China sind nüchtern und ohne Resentiment eingehend dargestellt in dem Kapitel über China („The great American Defeat“) bei K. S. Latourette, The American Record in the Far East 1945–1951 (New York 1952) S. 88–138. Der Verfasser berücksichtigt in erster Linie politische Elemente, zu denen die im Laufe dieser Arbeit dargelegten psychologischen hinzukommen. Das gesamte offizielle Material bis 1949 ist in dem in Anm. 61b genannten Werk zusammengestellt.

wesen sein sollen. Überall ist man bestrebt, den Abendländer die chinesische Autorität fühlen zu lassen, zu zeigen, daß er allenfalls geduldet ist, aber keinerlei Rechte besitzt, sondern im Gegenteil ein Subjekt minderen Rechtes ist gegenüber dem Einheimischen sowie gegenüber den Angehörigen anderer asiatischer Nationen. Es darf nun freilich nicht angenommen werden, daß jeder Chinese begeistert und aktiv an Ausschreitungen gegen den einzelnen Fremden teilnimmt, ja oft wird er die Exzesse verurteilen und nur unter Zwang sich daran beteiligen. Aber von einem gewissen, wenn auch noch so geringen oder oft vielleicht sogar unbewußten Gefühl der Genugtuung über die Zurückweisung der Abendländer in ihre Schranken werden wohl nur sehr wenige Chinesen ganz frei sein.

Nicht so leicht, wie die Emotionen gegen die Abendländer im allgemeinen zu wecken waren, war und ist es für die kommunistischen Machthaber Chinas, die Sowjetrussen nicht nur von diesen Emotionen auszunehmen, sondern sie als die großen Freunde und Retter Chinas vom westlichen Imperialismus hinzustellen<sup>71)</sup>. Der einzelne Russe galt im chinesischen Volk, soweit es mit solchen zu tun gehabt hatte, vielfach als besonders launisch und unberechenbar und war deswegen wenig beliebt. Die sowjetrussischen Berater zur Zeit der Zusammenarbeit zwischen Kuomintang und Kommunisten 1925 bis 1927 blieben den chinesischen Verhältnissen fremd und verstanden es nicht, sich besondere Sympathien zu erwerben<sup>72)</sup>. Ungewöhnliche Erbitterung haben aber die von der sowjetischen Soldateska bei ihrem Einmarsch in die Mandschurei im Jahre 1945 unter der dortigen Bevölkerung begangene Exzesse — Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen — hervorgerufen. Denn die Russen machten hier keinen Unter-

schied zwischen dem Bevölkerungsteil der feindlichen Japaner und dem der alliierten Chinesen. Heute darf selbstverständlich offiziell nichts von diesen Vorfällen gesagt oder geschrieben werden; aber es hat doch anfangs in den kommunistischen Schulungskursen eines erheblichen Aufwandes an spitzfindiger Dialektik bedurft, um die Bedeutung dieser Vorfälle hinwegzuargumentieren. Wenn auch heute darüber geschwiegen wird, so ist doch nicht anzunehmen, daß diese Dinge vergessen sind. Das alte chinesische Sprichwort: „Dem Gentleman sind für die Rache auch zehn Jahre nicht zu spät“, gilt auch heute noch<sup>73)</sup>.

Seit 1949 kommen sowjetrussische militärische und technische Berater in großen Mengen nach China. Die chinesische Regierung muß ihnen Gehälter zahlen, welche die der Chinesen oder sonstiger Ausländer in gleicher Stellung um ein Vielfaches übersteigen. Darüber hinaus genießen sie eine Vorzugsbehandlung in Verpflegung und Unterbringung. Freilich sind sie größtenteils gemeinsam in abgeschlossenen Anwesen untergebracht, fahren gemeinsam zu ihrer Arbeitsstätte, gehen nur in geschlossenen Gruppen mit ihren besonders abgeordneten chinesischen Dolmetschern aus und haben keinen unmittelbaren Kontakt mit der chinesischen Bevölkerung. Eine gewisse Berührung mit chinesischen Arbeitskollegen und mit chinesischem Personal ist aber nicht gänzlich zu verhindern. Dabei soll das Verhältnis zwischen Sowjetrussen und Chinesen durchaus nicht immer sehr harmonisch sein. Dahin deutet z. B., daß im November und Dezember 1952, offensichtlich auf besondere höhere Weisung, in einer Serie von Berichten über die Aufbauarbeit in China die Verdienste der russischen Berater in den höchsten Tönen gepriesen wurden<sup>74)</sup>. Es wurde sogar in Zei-

tungen außerhalb Chinas berichtet, daß bei einer Einheit der Luftwaffe Dispute zwischen Chinesen und Sowjetrussen über die unterschiedliche Behandlung in Verpflegung, Wohnung usw. in eine Schießerei ausgeartet seien, bei der eine Anzahl von Russen den Tod gefunden hätten. Ohne Rücksicht darauf, ob sich dieser Vorfall tatsächlich in dieser Form zugetragen hat, weist er doch in eine Richtung, wo sich sehr ernste Schwierigkeiten für die chinesisch-russische Zusammenarbeit ergeben können. Freilich ist die sowjetische Regierung bemüht, in der Öffentlichkeit alles zu vermeiden, was das chinesische Selbstgefühl kränken könnte. Die Chinesen sind aber zu sehr Realisten, um trotz aller kommunistischen Schulung auch bei voller Loyalität zum Kommunismus eine der kommunistischen Theorie im Grunde klar widersprechende ungleiche Behandlung nicht zutiefst zu empfinden. Der Nationalismus ist einer der Hauptfaktoren, die in China den Kommunismus an die Macht gebracht haben. Noch gehen Nationalismus und Kommunismus zusammen. Werden sie es auch in Zukunft immer tun können?

Anlaß vor. Dabei wird man oft an die chinesische Geschichte erinnert von dem Mann, der an einer Stelle zehn Unzen Gold vergräbt und aus Furcht, man könne sie entdecken und stehlen, darüber ein Schild anbringt: „Hier sind keine zehn Unzen Gold vergraben.“ Natürlich findet sie der Dieb und schreibt dazu: „Ich habe hier keine zehn Unzen Gold gestohlen.“ Die Geschichte ist in China sprichwörtlich geworden.

#### Anmerkung der Redaktion

H. Arthur Steiner, Prof. der politischen Wissenschaft an der Universität von Kalifornien in Los Angeles seit 1931. Von 1948—49 lehrte er in China innerhalb des Fulbright-Programms als Gastprofessor für Internationales Recht an der Universität in Nanking. 1951 war er Direktor des National War College in Washington.

Chester Bowles, ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Indien, ehemaliger Gouverneur des Staates Connecticut und Leiter des Amtes für die Stabilisierung der Wirtschaft, Autor des Buches: „Bericht eines Botschafters“.

Wolfgang Franke, Dr. phil., o. Prof. für Sprache und Kultur Chinas an der Universität Hamburg, geb. 24. 7. 1912 in Hamburg. Aufenthalt in China von 1937—1950.

<sup>71)</sup> Vgl. z. B. B. Bodde, op. cit. Anm. 61a, S. 156/57.

<sup>72)</sup> Vgl. E. Snow, Red Star over China (New York 1938) S. 147 f.; R. Payne, Mao Tse-tung, Ruler of Red China (New York 1950) S. 87, 97; B. Schwartz, Chinese Communism and the Rise of Mao (Cambridge, Mass. 1952) S. 81.

<sup>73)</sup> Chün-tzu fü ch 'ou, shih nien pu wan.

<sup>74)</sup> Vgl. Jen-min jih-pao (vom 3., 4., 5., 6., 9., 11., 13., November und 1., 3., 5., 6., 7., 13., 18. Dezember 1952). Wenn in der staatlich gelenkten, offiziellen kommunistischen Presse Chinas, abgesehen von tagespolitischen Dingen, in einem kurzen Zeitraum sich Artikel über eine bestimmte Frage häufen, so liegt dafür stets ein besonderer